

Rechtsfolgen des deutschen
und europäischen Rechts
aus der Einstufung von Stoffen
und Gemischen nach der
Verordnung (EG) Nr. 1272/2008,
sowie aus der Einstufung von
Stoffen und Zubereitungen
nach den Richtlinien 1999/45/EG
und 67/548/EWG

- Abschlussbericht -



Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------|---|----|
| I. | Einleitung..... | 3 |
| | 1. Entwicklung und Bedeutung des Chemikalienrechts | 3 |
| | 2. Einstufung von Chemikalien in der EU | 3 |
| II. | Problematik | 5 |
| III. | Zielsetzung des Gutachtens..... | 6 |
| IV. | Angewandte Methodik..... | 8 |
| | a. Europäische Verordnungen | 8 |
| | b. Bundesgesetze und Verordnungen | 9 |
| | c. Verwaltungsvorschriften | 9 |
| | d. Überprüfung der Relevanz | 10 |
| | 2. Klärung der Zuständigkeiten | 10 |
| | a. EU-Verordnungen..... | 10 |
| | b. Deutsche Normen | 10 |
| | 3. Feststellung der Anknüpfungsnorm | 11 |
| | 4. Aufschlüsselung der Rechtsfolgen nach Einstufungen | 11 |
| | 5. Identifikation von Umsetzungsrechtsakten | 12 |
| V. | Ergebnisse des Gutachtens | 13 |
| | 1. Auflistung der Rechtsnormen | 13 |

| | |
|--|----|
| 2. Zuordnung zu den zuständigen Ministerien und Generaldirektionen..... | 13 |
| 3. Aufschlüsselung der Rechtsnormen nach der relevanten Anknüpfungsnorm | 14 |
| 4. Gestaltung der Datenbank | 15 |
| a. Gliederung | 15 |
| b. Filter..... | 19 |
| 5. Beispielhafte Darstellung der Ergebnisse..... | 20 |
| 6. Pflege der Datenbank..... | 21 |
| Anhang I | 22 |
| Europäische und deutsche Rechtsnormen, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Stoffen und Gemischen nach der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 (CLP-Verordnung) knüpfen | |
| Anhang II | 23 |
| Europäische und deutsche Rechtsnormen, die Rechtsfolgen an die Einstufung von Stoffen und Zubereitungen nach den Richtlinien 1999/45/EG und 67/548/EWG knüpfen | |
| Anhang III | 25 |
| Rechtsfolgen aus der aktuellen Legaleinstufung von Formaldehyd (Carc. 1B u. Muta. 2), der derzeit auf europäischer Ebene diskutierten Einstufung von Blei (Repro. 1A), sowie der theoretisch möglichen Legaleinstufung von Ethanol (Carc. 1A u. Repro. 1A) | |
| I. Rechtsfolgen die an die Einstufung von Formaldehyd knüpfen | 25 |
| II. Rechtsfolgen die an die diskutierte Einstufung von Blei knüpfen | 64 |
| III. Rechtsfolgen die an die theoretisch mögliche Einstufung von Ethanol knüpfen | 87 |

I. Einleitung

Das materielle Chemikalienrecht als Gegenstand der Gesetzgebung umfasst die Gesamtheit der Regelungen, welche der Abwehr von Gefahren dienen, die von Chemikalien ausgehen.

1. Entwicklung und Bedeutung des Chemikalienrechts

Das Chemikalienrecht hat sich in Deutschland Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem Giftrecht entwickelt und wurde lange Zeit als Bestandteil des Polizei- und Ordnungsrechts angesehen.¹

Zwar vermittelt der Begriff des Chemikalienrechts den Eindruck eines einheitlichen Rechtsgebiets, tatsächlich handelt es sich jedoch um eine unübersichtliche Vielzahl von Spezialnormen aus unterschiedlichen Sachgebieten. Einzelne Regelungen finden sich außer im Stoffrecht unter anderem auch im Wasserrecht, Anlagenrecht, Lebensmittelrecht, Pflanzenschutzmittel- und Biozidrecht, Verbraucherschutzrecht, Strafrecht, Luftverkehrsrecht, Arbeitsschutzrecht und diversen weiteren Rechtsgebieten.

Die überwiegende Zahl dieser Normen knüpft ihre Rechtsfolgen an die Gefährlichkeit der jeweiligen Chemikalien an, welche durch ihre Einstufung indiziert wird.

2. Einstufung von Chemikalien in der EU

Mit der Stoffrichtlinie (Richtlinie 67/548/EWG) wurde in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erstmals eine einheitliche Regelung für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen geschaffen. Diese Regelung wurde später unter anderem durch die Zubereitungsrichtlinie (Richtlinie 1999/45/EG) ergänzt.

¹ Becker/Tiedemann: Chemikalienrecht, C.H. Beck, München 2011, S. 1 ff.

Gemäß diesen Europarechtsnormen (EU-Normen) mussten Stoffe und Zubereitungen (heute Gemische) vor ihrem Inverkehrbringen auf ihre Gefährlichkeit hin überprüft und entsprechend eingestuft, gekennzeichnet und verpackt werden.

2002 wurde das Global harmonisierte System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (GHS – *Globally Harmonized System of Classification, Labelling and Packaging of Chemicals*) zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe und Gemische durch die Vereinten Nationen eingeführt.

Das GHS wurde für die Europäische Gemeinschaft (heute EU) durch die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 (CLP-Verordnung) umgesetzt. Die CLP-Verordnung löste die Stoffrichtlinie und die Zubereitungsrichtlinie stufenweise ab.

Die in der CLP-Verordnung vorgesehenen Übergangsfristen für die Ablösung der alten Richtlinien liefen am 31.05.2015 aus. Seit dem 01.06.2015 müssen alle Stoffe und Gemische nach der CLP-Verordnung eingestuft, gekennzeichnet und verpackt werden.

II. Problematik

Aufgrund der Vielzahl der europäischen und nationalen Normen, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Stoffen und Gemischen knüpfen, ist es für die zuständigen Behörden nicht absehbar, welche Auswirkungen die Legaleinstufung eines Stoffes nach der CLP-Verordnung in der Praxis der Unternehmen und Überwachungsbehörden haben kann. Dies ist jedoch erforderlich, um im Hinblick auf die entsprechenden Entscheidungsprozesse in den europäischen Fachgremien sachlich fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Zersplitterung des Chemikalienrechts auf die unterschiedlichen Sachgebiete und die damit einhergehende Verteilung der Zuständigkeiten für die verschiedenen Regelungen auf eine Vielzahl von Bundesministerien. Da es im Chemikalienrecht an einem einheitlichen Kodex von Normen mangelt und somit kein Überblick über die jeweils einschlägigen Regelungen besteht, ist eine Abstimmung der chemikalienrechtlichen Normen aufeinander, durch eine entsprechende Zusammenarbeit der jeweils zuständigen Bundesministerien, nur schwer möglich. Dies führt im Ergebnis dazu, dass Regelungen unterschiedlicher Sachgebiete einander widersprechen, oder im Zusammenspiel mit weiteren einschlägigen Normen überflüssig oder unpraktikabel sind.

Ferner hat eine kursorische Prüfung im Vorfeld des Gutachtens ergeben, dass die überwiegende Zahl der in Deutschland einschlägigen chemikalienrechtlichen Normen, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Chemikalien knüpfen, noch auf altes Recht verweist und somit ins Leere läuft.

III. Zielsetzung des Gutachtens

Aufgabe des vorliegenden Gutachtens ist es, eine Lösung für die identifizierten Probleme durch eine umfassende Betrachtung und Auswertung der bestehenden chemikalienrechtlichen Regelungen in Deutschland und der einschlägigen EU-Verordnungen zu ermöglichen.

1. Auflistung aller relevanten Rechtsnormen

Zur Erreichung dieses Ziels soll das vorliegende Gutachten den notwendigen Überblick über die bestehenden Rechtsnormen in Deutschland und die einschlägigen EU-Verordnungen, durch eine Auflistung aller relevanten Normen, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Chemikalien knüpfen, schaffen.

2. Klärung der Zuständigkeiten

Um eine Koordinierung der einzelnen chemikalienrechtlichen Regelungen durch die jeweils zuständigen Bundesministerien zu ermöglichen, soll das Gutachten die zuständigen Bundesministerien ermitteln und den jeweiligen Normen zuordnen.

3. Feststellung der Anknüpfungsnormen

Da ein wesentliches Problem daraus erwächst, dass eine Vielzahl von nationalen Normen noch auf altes Recht und nicht auf die Einstufung nach der CLP-Verordnung verweist, soll das Gutachten den im ersten Arbeitsschritt identifizierten Regelungen die jeweils einschlägige Anknüpfungsnorm zuordnen.

Hierdurch soll den zuständigen Bundesministerien ermöglicht werden, die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen der veralteten Normen an geltendes Recht vorzunehmen.

4. Aufschlüsselung der Rechtsfolgen nach Einstufungen

Durch eine Zuordnung der einzelnen Rechtsfolgen zu den sie bedingenden Einstufungen soll es ermöglicht werden ohne größeren Aufwand feststellen zu können, welche Rechtsfolgen an eine bestimmte Einstufung geknüpft sind.

Zudem soll die Zuordnung einen Vergleich der bestehenden Regelungen ermöglichen, um im Hinblick auf eine Abstimmung der chemikalienrechtlichen Regelungen in Deutschland Dopplungen, Widersprüche und kumulative Effekte identifizieren zu können.

Für die zuständigen Behörden und die von der jeweiligen Norm Betroffenen soll die Zuordnung eine für die tägliche Arbeit hilfreiche Transparenz und Überschaubarkeit der einschlägigen Normen und ihrer Rechtsfolgen bieten.

5. Identifikation von Umsetzungsrechtsakten

Für die zukünftige Arbeit der zuständigen Bundesministerien mit den im ersten Schritt identifizierten Normen soll das Gutachten darlegen, ob es sich bei den jeweiligen nationalen Rechtsnormen um Regelungen handelt, welche Europarecht in nationales Recht umsetzen. Hierzu soll sowohl die umgesetzte Richtlinie erkennbar sein, als auch der konkret umgesetzte Artikel. Schließlich soll auch die bei der Europäischen Kommission für die jeweilige Richtlinie zuständige Generaldirektion erkennbar sein.

6. Darstellung der Ergebnisse anhand von konkreten Beispielen

Auf der Grundlage der zuvor erstellten Daten soll abschließend, anhand der Beispiele der aktuellen Legaleinstufung von Formaldehyd (Carc. 1B u. Muta. 2), der derzeit auf europäischer Ebene diskutierten Einstufung von Blei (Repro. 1A), sowie der theoretisch möglichen Legaleinstufung von Ethanol (Carc. 1A u. Repro. 1A), eine Darstellung der diese Stoffe betreffenden Normen und Rechtsfolgen des nationalen und europäischen Rechts erfolgen.

IV. Angewandte Methodik

Das Gutachten wurde nach dem neuesten Stand der Wissenschaft und den anerkannten fachlichen Regeln entsprechend angefertigt.

1. Ermittlung der relevanten Rechtsnormen

Zur Recherche der nationalen Rechtsnormen und der europäischen Verordnungen, welche Rechtsfolgen an die Einstufung nach der CLP-Verordnung, sowie nach der Zubereitungsrichtlinie und der Stoffrichtlinie knüpfen, wurden die wichtigsten juristischen Fachdatenbanken verwendet.

a. Europäische Verordnungen

Für die Ermittlung der relevanten europäischen Verordnungen wurde die Datenbank des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union - *EURlex* ² verwendet. Mit dieser Datenbank wurden mittels der Suchfunktion alle europäischen Rechtsnormen bezüglich der Nennung der Stichworte „Verordnung (EG) Nr. 1272/2008“, „1272/2008“ und „gefährlich“ durchsucht.

Darüber hinaus wurde die *EURlex*-interne Funktion genutzt, um alle Normen zu identifizieren, welche eine bestimmte Rechtsnorm zitieren, oder auf diese verweisen. Auf diese Weise wurden die Ergebnisse der Stichwortsuche überprüft.

Eine Suche nach einschlägigen Richtlinien des Europarechts wurde nicht durchgeführt, da entsprechende Richtlinien ohnehin im Rahmen der Identifikation von Umsetzungsrechtsakten ermittelt wurden.

² www.eurlex.eu

b. Bundesgesetze und Verordnungen

Die einschlägigen Bundesgesetze und Bundesverordnungen wurden unter Verwendung der juristischen Datenbank - *Beck-Online* ⁻³ mit den Zusatzmodulen *Verwaltungsrecht Plus* und *Umweltrecht Plus*, sowie der Datenbank - *Gesetze im Internet* ⁻⁴ des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) festgestellt.

Hierzu wurden in Bezug auf die CLP-Verordnung sämtliche nationalen Normen auf die Nennung der folgenden Stichworte durchsucht: „*Verordnung (EG) Nr. 1272/2008*“, „*1272/2008*“, „*gefährlich*“, „*gesundheitsschädigend*“, „*krebserzeugend*“, „*karzinogen*“, „*fruchtschädigend*“, „*erbgutverändernd*“, „*Einstufung*“, „*eingestuft*“, „*mutagen*“.

In Bezug auf die Zubereitungsrichtlinie und die Stoffrichtlinie wurden sämtliche nationalen Normen auf die Nennung der folgenden Stichworte durchsucht: „*Richtlinie 1999/45/EG*“, „*1999/45/EG*“, „*Richtlinie 67/548/EWG*“, „*67/548/EWG*“, „*gefährlich*“, „*gesundheitsschädigend*“, „*krebserzeugend*“, „*fruchtschädigend*“, „*erbgutverändernd*“, „*explosionsgefährlich*“, „*Einstufung*“, „*eingestuft*“, „*giftig*“, „*R-Satz*“, „*R-Sätze*“ und „*Gefahrstoff*“.

c. Verwaltungsvorschriften

Bezüglich der Recherche der maßgeblichen Verwaltungsvorschriften wurden die juristische Datenbank - *Juris* ⁻⁵ mit dem Zusatzmodul *Verwaltungsvorschriften*, sowie die Datenbank - *Verwaltungsvorschriften im Internet* ⁻⁶ des BMJV genutzt. Diese wurden unter Verwendung derselben Schlagwörter wie für die Ermittlung der einschlägigen Bundesgesetze und Bundesverordnungen durchsucht.

³ www.beck-online.de

⁴ www.gesetze-im-internet.de

⁵ www.juris.de

⁶ www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de

d. Überprüfung der Relevanz

Die so ermittelten europäischen und nationalen Normen wurden anschließend bezüglich der einschlägigen Artikel und Paragraphen untersucht und auf ihre Relevanz hin überprüft. Hierbei wurden Normen, welche keine direkten Rechtsfolgen an die Einstufung von Chemikalien knüpfen, aussortiert.

2. Klärung der Zuständigkeiten

Um die jeweils zuständige Generaldirektion bzw. das zuständige Bundesministerium zu ermitteln, wurden neben den Normen selbst, die bereits beschriebenen Datenbanken sowie weitere Quellen genutzt.

Bei mehreren zuständigen Stellen wird ausschließlich die federführende Stelle genannt.

a. EU-Verordnungen

Zur Feststellung welche Generaldirektion federführend für die jeweils ermittelte europäische Verordnung zuständig ist, wurden in der Datenbank - *Eurlex* – in Bezug auf die jeweils zu prüfende Verordnung die Funktionen „Über dieses Dokument“ und „Verfahren“ genutzt.

b. Deutsche Normen

Um zu ermitteln, welches Bundesministerium für eine nationale Norm zuständig ist, wurde zunächst die Norm selbst untersucht. Teilweise konnte das zuständige Bundesministerium bereits aus dem Normtext abgeleitet werden.

Konnte das zuständige Bundesministerium auf diese Weise nicht ermittelt werden, so wurde die Datenbank - *DIP (Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge)* ⁷, das gemeinsame Informationssystem von Bundestag und Bundesrat genutzt.

⁷ <http://dipbt.bundestag.de>

Dort wurden die Dokumente des Bundestages zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren zur Ermittlung herangezogen.

Darüber hinaus wurde auf den Internetseiten der in Frage kommenden Bundesministerien recherchiert.

3. Feststellung der Anknüpfungsnorm

Die Feststellung, ob die im ersten Schritt ermittelte Rechtsnorm ihre Rechtsfolgen an die Einstufung nach der CLP-Verordnung oder an die Einstufung nach altem Recht anknüpft, erfolgte zunächst durch Prüfung des Textes der jeweiligen Rechtsnorm. Sofern sich aus dieser keine eindeutige Anknüpfungsnorm ergab, wurde auf den Normzusammenhang abgestellt.

4. Aufschlüsselung der Rechtsfolgen nach Einstufungen

Die Einstufung von Stoffen und Gemischen erfolgt gemäß der CLP-Verordnung hauptsächlich nach Gefahrenklassen und Kategorien. Im Rahmen der Stoff- und Zubereitungsrichtlinie wurden den Stoffen und Zubereitungen R-Sätze zugeordnet.

Zur Aufschlüsselung der Rechtsfolgen der im ersten Schritt ermittelten Rechtsnormen in Bezug auf die Einstufung nach der Anknüpfungsnorm wurden die maßgeblichen Gefahrenklassen und -kategorien (CLP-Verordnung), bzw. R-Sätze (altes Recht) festgestellt, an welche die jeweilige Rechtsnorm ihre Rechtsfolge knüpft.

Anschließend wurden jeder der festgestellten Gefahrenklassen und -kategorien / jedem festgestellten R-Satz die einschlägige Rechtsnorm und die sich aus ihr ergebende Rechtsfolge zugeordnet.

5. Identifikation von Umsetzungsrechtsakten

In einem weiteren Schritt wurde geprüft, ob es sich bei einer im ersten Schritt ermittelten Norm um einen Umsetzungsrechtsakt für eine europarechtliche Vorgabe handelt. Dient eine nationale Rechtsnorm der Umsetzung einer EU-Norm, wird dies stets in der nationalen Norm vermerkt. Als problematisch erwiesen sich lediglich jene Fälle, in denen die ermittelte nationale Rechtsnorm der Umsetzung mehrerer europarechtlicher Vorgaben diene. In diesen Fällen wurden sämtliche der in der nationalen Rechtsnorm umgesetzten EU-Normen einer umfassenden inhaltlichen Prüfung unterzogen um festzustellen, welche der in Frage kommenden EU-Normen mit der/den relevanten Regelung(en) der nationalen Norm umgesetzt wird.

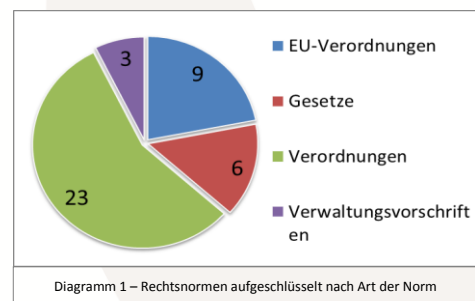
In einem letzten Schritt wurden die konkreten Artikel der in nationales Recht umgesetzten EU-Norm durch eine juristische Prüfung festgestellt.

V. Ergebnisse des Gutachtens

Im Rahmen dieses Gutachtens wurde in Microsoft®-Excel eine Datenbank mit über 4.000 Einträgen erstellt, welche sämtliche EU-Verordnungen, deutschen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften erfasst, die Rechtsfolgen an die Einstufung von Chemikalien knüpfen.

1. Auflistung der Rechtsnormen

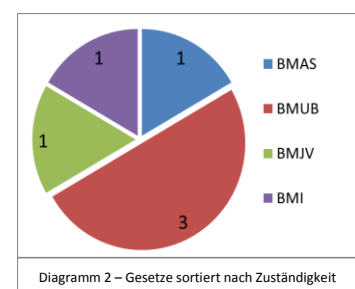
Insgesamt wurden 41 EU-Verordnungen und nationale Rechtsnormen ermittelt, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Chemikalien knüpfen. Hierbei handelt es sich um neun EU-Verordnungen, sechs Gesetze, dreiundzwanzig Verordnungen und drei Verwaltungsvorschriften.



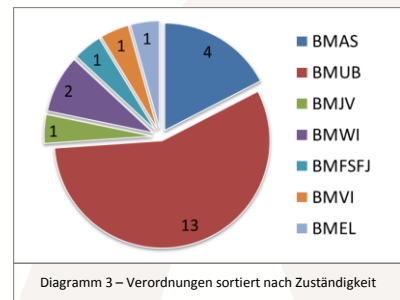
2. Zuordnung zu den zuständigen Ministerien und Generaldirektionen

Die Prüfung hat ergeben, dass von den neun EU-Verordnungen, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Chemikalien knüpfen, fünf in den Zuständigkeitsbereich der *Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit* fallen, während die *Generaldirektion Umwelt* für vier EU-Verordnungen zuständig ist.

Von den sechs einschlägigen deutschen Gesetzen fallen drei in den Zuständigkeitsbereich des *Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit* (BMUB). Jeweils ein Gesetz fällt in den Zuständigkeitsbereich des *Bundesministeriums für Arbeit und Soziales* (BMAS), des *Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz* (BMJV) und des *Bundesministerium des Inneren* (BMI).



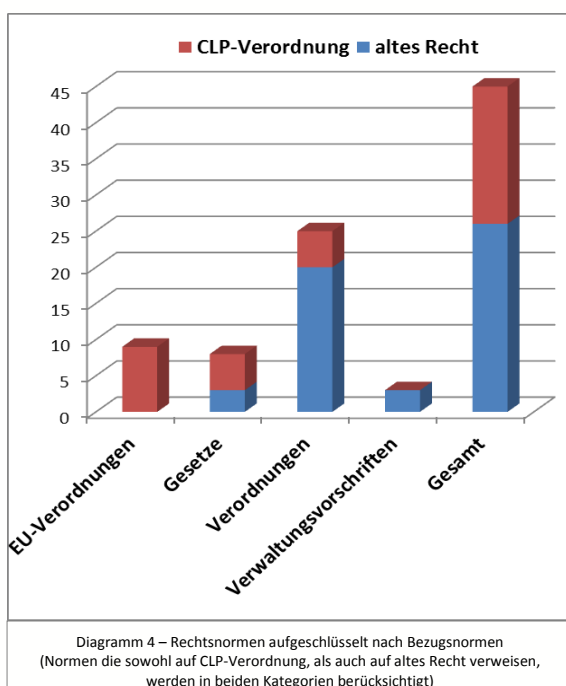
Bei den relevanten deutschen Verordnungen sind von insgesamt dreiundzwanzig Verordnungen dreizehn im Zuständigkeitsbereich des BMUB, vier im Zuständigkeitsbereich des BMAS, zwei im Zuständigkeitsbereich des *Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie* (BMWI) und jeweils eine Verordnung im Zuständigkeitsbereich des BMJV, des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ), des *Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur* (BMVI) und des *Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft* (BMEL) zu verorten.



Für die drei ermittelten deutschen Verwaltungsvorschriften, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Chemikalien knüpfen, sind jeweils das BMAS, das BMUB und das BMEL zuständig.

In Anhang I und II zu diesem Gutachten finden sich die vollständigen Listen der ermittelten Rechtsnormen unter Zuordnung zu der jeweils zuständigen Generaldirektion oder dem zuständigen Bundesministerium.

3. Aufschlüsselung der Rechtsnormen nach der relevanten Anknüpfungsnorm



Bei der Auswertung der Daten wurde deutlich, dass die weitaus überwiegende Zahl der überprüften deutschen Rechtsnormen auf altes Recht verweist.

Drei von sechs Gesetzen knüpfen ihre Rechtsfolgen ausschließlich auf die Einstufung nach der CLP-Verordnung. Ein Gesetz verweist ausschließlich an die Einstufung nach altem Recht. Zwei Gesetze hingegen verweisen an

unterschiedlichen Stellen mal auf die CLP-Verordnung und mal auf altes Recht. Die Verordnungen und Verwaltungsvorschriften verweisen überwiegend auf altes Recht. Insgesamt achtzehn von dreiundzwanzig Verordnungen knüpfen noch ausschließlich an altes Recht an, ebenso wie sämtliche ermittelten Verwaltungsvorschriften. Zwei Verordnungen verweisen ausschließlich auf die CLP-Verordnung und zwei Verordnungen verweisen sowohl auf die CLP-Verordnung als auch auf altes Recht.

4. Gestaltung der Datenbank

Die im Rahmen des Gutachtens gesammelten Daten wurden in einer Datenbank zusammengefasst, um einen einfachen und schnellen Zugang zu den benötigten Informationen zu gewährleisten.

Um eine einfache Bedienbarkeit zu ermöglichen und die Daten einem breiten Kreis an Nutzern zugänglich machen zu können, wurde die Datenbank in Form einer Microsoft® Excel Tabelle erstellt. Durch die sogenannte Filter-Funktion ist es möglich, die Daten zielgerichtet nach bestimmten Vorgaben zu ordnen und zu durchsuchen um die gewünschten Informationen auf einen Blick präsentiert zu bekommen.

a. Gliederung

Die Datenbank ist in einer Excel-Datei in zwei Excel-Tabellen enthalten. Die erste Tabelle (Tabelle 1) ist mit der Bezeichnung „Teil A – CLP-Verordnung“ und die zweite Tabelle (Tabelle 2) mit „Teil B – altes Recht“ beschriftet.

| | A | B | C | D | E | F | G | H | I |
|-----|--------|---------------------------|-----------|--|------------------------|-----------|---------------|---|------------------|
| | Absch. | Gefahrenklasse | Kategorie | Norm | Art. / § | Zuordnung | Zuständigkeit | Internetadresse | Umsetzung EU-Rec |
| 383 | 2.1 | Explosive Stoffe | alle | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 384 | 2.2 | Entzündbare Gase | alle | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 385 | 2.3 | Entzündbare Aerosole | alle | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 386 | 2.4 | Oxidierende Gase | 1 | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 387 | 2.6 | Entzündbare Flüssigkeiten | alle | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 388 | 2.7 | Entzündbare Feststoffe | alle | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 389 | 2.8 | Selbstzersetzliche Stoffe | A | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 390 | 2.8 | Selbstzersetzliche Stoffe | B | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 391 | 2.9 | Pyrophore Flüssigkeiten | 1 | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 392 | 2.10 | Pyrophore Feststoffe | 1 | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 393 | 2.12 | Stoffe und Gemische, die | alle | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |
| 394 | 2.13 | Oxidierende Flüssigkeiten | 1 | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | § 3 Absatz 13 Nr. 1 a) | Gesetz | BMUB | http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/39/Generaldirekt... | Generaldirekt... |

Die Aufteilung der Ergebnisse des Gutachtens in zwei Tabellen war erforderlich, da die Einstufungen nach der CLP-Verordnung nicht mit denen nach altem Recht übereinstimmen.

Von den Einstufungsmerkmalen abgesehen, sind die Tabellen in ihrer Struktur jedoch identisch. Hierdurch wird für den Fall einer Anpassung der auf altes Recht verweisenden Rechtsnormen an die CLP-Verordnung eine spätere Überführung der Einträge aus der 2. Tabelle in die erste Tabelle ermöglicht.

Die Excel-Tabellen sind in insgesamt 18 Spalten gegliedert. Bezüglich der Spalten A bis C unterscheiden sich die beiden Tabellen aufgrund der verschiedenen Einstufungsmerkmale nach der CLP-Verordnung und nach altem Recht.

aa. Spalten A bis C der Tabelle 1

Die Spalten A bis C der Tabelle 1 sind mit *Abschnitt*, *Gefahrenklasse* und *Kategorie* überschrieben.

| | Abschnitt | Gefahrenklasse | Kategorie | Norm | Art. / § | Zuordnung | Zuständigkeit |
|----|-----------|------------------------|-----------|---|----------------------|---------------|-------------------------|
| 59 | 4.1 | Gewässergefährdend | 1A | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittel | Art. 47 (1) b | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 60 | 5.1 | Ozonschichtschädigend | 1 | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittel | Art. 47 (1) b | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 61 | 3.5 | Keimzellenmutagenität | 1A | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittel | Anhang II, Nr. 3.6.2 | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 62 | 3.5 | Keimzellenmutagenität | 1B | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittel | Anhang II, Nr. 3.6.2 | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 63 | 3.6 | Karzinogenität | 1A | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittel | Anhang II, Nr. 3.6.3 | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 64 | 3.6 | Karzinogenität | 1B | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittel | Anhang II, Nr. 3.6.3 | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 65 | 3.7 | Reproduktionstoxizität | 1A | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittel | Anhang II, Nr. 3.6.4 | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |

In der Spalte *Abschnitt* wird der jeweilige Abschnitt des Anhangs VI der CLP-Verordnung aufgeführt, in dem die Gefahrenklasse und -kategorie beschrieben wird, an welche eine Regelung ihre Rechtsfolge knüpft. Die Spalte *Gefahrenklasse* gibt die Gefahrenklasse eines Stoffes an, an welche die jeweilige Regelung ihre Rechtsfolge knüpft. Sofern eine Gefahrenklasse in der CLP-Verordnung nach Kategorien unterteilt ist und die jeweilige Regelung hierzu Unterscheidungen vornimmt, ist diese in der Spalte *Kategorie* ablesbar.

bb. Spalten A bis C der Tabelle 2

In Tabelle 2 sind die Überschriften der Spalten A bis C: *R-Satz*, *Wortlaut des R-Satzes* und *Einstufung*.

| | A | B | C | D | E | F | G | H |
|---|--------|---------------------------|-------------|---------|----------------------|-----------|---------------|-----|
| 1 | R-Satz | Wortlaut des R-Satzes | Einstufung | Norm | Art. / § | Zuordnung | Zuständigkeit | Int |
| 2 | R 25 | Giftig beim Einatmen | Giftig | StGB | § 326 Absatz 1 Nr. 1 | Gesetz | BMJV | WW |
| 3 | R 25 | Giftig beim Verschlucken | Giftig | StGB | § 326 Absatz 1 Nr. 1 | Gesetz | BMJV | WW |
| 4 | R 26 | Sehr giftig beim Einatmen | Sehr giftig | StGB | § 326 Absatz 1 Nr. 1 | Gesetz | BMJV | WW |
| 5 | R 34 | Verursacht Verätzungen | Ätzend | LuftSiG | § 11 Absatz 1 Nr. 2 | Gesetz | BMI | WW |
| 6 | R 36 | Reizt die Augen | Reizend | ChemG | § 3a Absatz 1 Nr. 10 | Gesetz | BMUB | WW |
| 7 | R 37 | Reizt die Atmungsorgane | Reizend | ChemG | § 3a Absatz 1 Nr. 10 | Gesetz | BMUB | WW |
| 8 | R 38 | Reizt die Haut | Reizend | ChemG | § 3a Absatz 1 Nr. 10 | Gesetz | BMUB | WW |

In der Spalte *R-Satz* wird der R-Satz angegeben, an dessen Vergabe nach Anhang I der Stoffrichtlinie die jeweilige Rechtsnorm ihre Rechtsfolge knüpft. Aus der Spalte *Wortlaut des R-Satzes* lässt sich der Wortlaut des jeweiligen R-Satzes ablesen, während in der Spalte *Einstufung* die Einstufung nach Anhang I der Stoffrichtlinie genannt wird.

cc. Spalten D bis R

Die Spalte D der Tabellen ist mit *Norm* überschrieben. Dort wird die Rechtsnorm angegeben, welche Rechtsfolgen an die gemäß der Spalten A bis C eingestufteten Chemikalien knüpft.

In Spalte E findet sich unter der Überschriften *Art. / §* der konkrete Artikel oder Paragraph der Rechtsnorm, welcher die jeweilige in den Spalten O, P und Q näher beschriebene Rechtsfolge vorsieht.

Unter *Zuordnung* in Spalte F lässt sich ablesen, ob es sich bei der Rechtsnorm um eine EU-Verordnung, ein Gesetz, eine nationale Verordnung oder um eine Verwaltungsvorschrift handelt.

Aus Spalte G - *Zuständigkeit* – ergibt sich, welche Generaldirektion der Kommission, bzw. welches Bundesministerium für die jeweilige Rechtsnorm zuständig ist, während aus Spalte H die *Internetadresse* der zuständigen Stelle ersichtlich ist.

Die Spalten I, J und K sind mit *Umsetzung EU-Recht* unterschrieben. Aus diesen Spalten ergibt sich, ob eine deutsche Rechtsnorm der Umsetzung von EU-Recht dient. Spalte I bezeichnet die mit der nationalen Rechtsnorm umgesetzte Richtlinie, während sich aus Spalte K der konkret umgesetzte Artikel der jeweiligen Richtlinie ergibt. In Spalte J kann die Generaldirektion abgelesen werden, welche für die umgesetzte Richtlinie zuständig ist.

In Spalte L wird der *Normadressat* der jeweiligen Regelung genannt. Anhand dieser Information lässt sich ermitteln, ob lediglich eine bestimmte Gruppe von der jeweiligen Norm betroffen ist - z.B. Anlagenbetreiber oder Hersteller und Importeure von Chemikalien - oder ob eine Norm allgemeiner Natur ist.

Unter der Überschrift *Anknüpfungspunkt* in Spalte M kann man feststellen, ob die Regelung an die Legaleinstufung eines Stoffes oder Gemisches/einer Zubereitung anknüpft, oder ob zur Auslösung der Rechtsfolge bereits die Erfüllung der Kriterien für die spezifizierte Einstufung ausreicht.

Ob eine Regelung direkt an die Einstufung nach der CLP-Verordnung bzw. nach der Stoffrichtlinie anknüpft, oder ob sie auf die entsprechenden Kriterien in § 3a des Chemikaliengesetzes, oder auf § 3 der Gefahrstoffverordnung verweist, lässt sich unter der Überschrift *Bezugsnorm* in Spalte N erkennen.

Welche Art Rechtsfolge die jeweilige Regelung vorsieht wird, in der Spalte O unter *Rechtsfolge* mit einem Oberbegriff bezeichnet. Die konkrete Rechtsfolge wird in der Spalte P unter der Überschrift *Erläuterungen* näher beschrieben, während unter *Kommentar* in Spalte Q Ausnahmen und Einschränkungen zu der jeweiligen Rechtsfolge vermerkt sind.

Abschließend ergibt sich aus Spalte R unter der Überschrift *Stand* das Datum der letzten Änderung der jeweiligen Rechtsnorm.

b. Filter

Durch die Verwendung der Filter-Funktion in Microsoft®-Excel kann eine Auswahl der jeweiligen Inhalte einer Spalte getroffen werden.

So ist es z.B. möglich sich durch Filterung der D – *Norm* nur die Rechtsfolgen anzeigen zu lassen, welche sich aus einer bestimmten oder mehreren bestimmten Normen ergeben. Hierzu muss lediglich das Filter-Icon neben der jeweiligen Spaltenüberschrift ausgewählt und eine Auswahl aus den angezeigten Optionen getroffen werden.

The screenshot shows the Microsoft Excel interface with the 'Datenbank - Rechtsfolgen des deutschen und europäischen Rechts aus der Einstufung von Chemikalien' dataset. The 'Entzündbare Flüssigkeiten' table is selected. The 'Norm' column (D) has a filter icon (dropdown arrow) circled in red. The filter menu is open, showing options like 'Von A bis Z sortieren', 'Nach Farbe sortieren', and 'Filter löschen aus "Norm"'. A red arrow points to the 'Suchen' (Search) option in the filter menu, which is currently empty. The table data includes columns for 'Abschnitt', 'Gefahrenklasse', 'Kategorie', 'Norm', 'Art. / §', and 'Zuordnung'.

| Abschnitt | Gefahrenklasse | Kategorie | Norm | Art. / § | Zuordnung |
|-----------|-----------------------------|-----------|--|------------|---------------|
| 2.1 | Explosive Stoffe | all | Von A bis Z sortieren | | EU-Verordnung |
| 2.2 | Entzündbare Gase | all | Von Z bis A sortieren | | EU-Verordnung |
| 2.3 | Entzündbare Aerosole | all | Nach Farbe sortieren | | EU-Verordnung |
| 2.4 | Oxidierende Gase | 1 | Filter löschen aus "Norm" | | EU-Verordnung |
| 2.5 | Gase unter Druck | all | Nach Farbe filtern | | EU-Verordnung |
| 2.6 | Entzündbare Flüssigkeiten | all | Textfilter | | EU-Verordnung |
| 2.7 | Entzündbare Feststoffe | all | Suchen | | EU-Verordnung |
| 2.8 | Selbstzersetzliche Stoffe u | all | (Aller auswählen) | | EU-Verordnung |
| 2.9 | Pyrophore Flüssigkeiten | 1 | (EG) Nr. 1005/2009 - Ozonverordnung | | EU-Verordnung |
| 2.10 | Pyrophore Feststoffe | 1 | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittelverordnung | | EU-Verordnung |
| 2.11 | Selbsterhitzungsfähige Sto | all | (EG) Nr. 1223/2009 - Kosmetikverordnung | | EU-Verordnung |
| 2.12 | Stoffe und Gemische, die i | all | (EG) Nr. 1907/2006 - REACH-Verordnung | | EU-Verordnung |
| 2.13 | Oxidierende Flüssigkeiten | all | (EG) Nr. 450/2009 - Verordnung über aktive und intellige | | EU-Verordnung |
| 2.14 | Oxidierende Feststoffe | all | (EG) Nr. 66/2010 - EU-Umweltzeichenverordnung | | EU-Verordnung |
| 2.15 | Organische Peroxide | all | (EU) Nr. 10/2011 - Lebensmittelkontaktmaterialien-Veror | | EU-Verordnung |
| 2.16 | Korrosiv gegenüber Metall | 1 | (EU) Nr. 528/2012 - Biozidverordnung | | EU-Verordnung |
| 3.1 | Akute Toxizität | all | (EU) Nr. 649/2012 - PIC-Verordnung | | EU-Verordnung |
| 3.2 | Ätz-/Reizwirkung auf die H | all | Altfahrzeug-Verordnung | | EU-Verordnung |
| 3.3 | Schwere Augenschädigung | all | Betriebssicherheitsverordnung | | EU-Verordnung |
| 3.4 | Sensibilisierung der Atem | all | Bundes-Immissionsschutzgesetz | | EU-Verordnung |
| 3.5 | Keimzellenmutagenität | all | Chemikaliengesetz (ChemG) | | EU-Verordnung |
| 3.6 | Karzinogenität | all | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | | EU-Verordnung |
| 3.7 | Reproduktionstoxizität | all | | | EU-Verordnung |
| 3.8 | Spezifische Zielorgan-Toxi | all | | | EU-Verordnung |
| 3.9 | Spezifische Zielorgan-Toxi | all | | | EU-Verordnung |
| 3.10 | Aspirationsgefahr | 1 | | | EU-Verordnung |
| 4.1 | Gewässergefährdend | all | | | EU-Verordnung |
| 5.1 | Ozonschichtschädigend | 1 | | | EU-Verordnung |
| 3.6 | Karzinogenität | 1A | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittelver | Art. 4 (7) | EU-Verordnung |

Nachdem man die anzuzeigenden Daten auf diese Weise bereits eingegrenzt hat, kann das Suchergebnis durch das Hinzuwählen zusätzlicher Filter weiter eingeschränkt werden.

Beschränkt man z.B. die Auswahl an Rechtsnormen auf die Betriebssicherheitsverordnung, so kann man in einem weiteren Schritt durch Filterung der Spalte E - Art. / § - die Auswahl auf die Anzeige der Rechtsfolgen aus einem bestimmten Paragraphen der Betriebssicherheitsverordnung beschränken.

Somit ist es möglich, sämtliche Spalten der jeweiligen Tabelle zu filtern und dadurch spezifische Daten abzurufen.

5. Beispielhafte Darstellung der Ergebnisse

Durch diese Filtrierung ist es auch möglich, auf einen Blick darstellen zu lassen, welche Rechtsfolgen insgesamt an eine oder mehrere bestimmte Einstufung(en) geknüpft sind.

Der Stoff Formaldehyd (CAS-Nummer: 50-00-0) ist z.B. derzeit nach der CLP-Verordnung unter anderem als karzinogen der Kategorie 1B legal eingestuft. Durch Setzen der entsprechenden Filter werden ausschließlich diejenigen Rechtsfolgen angezeigt, die an diese Einstufung anknüpfen.

The image displays two screenshots of a spreadsheet application titled 'Datenbank - Rechtsfolgen des deutschen und europäischen Chemikalienrechts'. The spreadsheet is filtered to show results for 'Entzündbare Flüssigkeiten' (Flammable Liquids) under the 'Gefahrenklasse' (Hazard Class) of '1B' and the 'Kategorie' (Category) of '1B'. The left screenshot shows the 'Gefahrenklasse' filter set to '1B' and the 'Kategorie' filter set to '1B'. The right screenshot shows the 'Kategorie' filter set to '1B' and the 'Gefahrenklasse' filter set to '1B'. Both screenshots show a list of legal consequences (Rechtsfolgen) for the substance Formaldehyde (Formaldehyd) under the CLP Regulation (CLP-Verordnung). The list includes references to various EU regulations and directives, such as the REACH Regulation (EG Nr. 1907/2006) and the CLP Regulation (EG Nr. 1272/2008).

In Anhang III zu diesem Bericht findet sich eine beispielhafte Darstellung der sich aus den relevanten Rechtsnormen ergebenden Rechtsfolgen bezüglich der aktuellen Legaleinstufung von Formaldehyd (Carc. 1B u. Muta. 2), der derzeit auf europäischer Ebene diskutierten

Einstufung von Blei (Repro. 1A), sowie der theoretisch möglichen Legaleinstufung von Ethanol (Carc. 1A u. Repro. 1A).

6. Pflege der Datenbank

Der hohe Nutzen für Politik, Behörden und Wirtschaft der im Rahmen des vorliegenden Gutachtens entstandenen Datenbank, ist gänzlich von ihrer Aktualität abhängig. Ohne eine kontinuierliche und professionelle Pflege wird sie bereits nach kurzer Zeit nicht mehr verlässlich genutzt werden können.

Aufgrund der absehbaren Anpassung der auf altes Recht verweisenden nationalen Rechtsnormen an die Einstufung nach der CLP-Verordnung, besteht in den nächsten zwei bis drei Jahren ein erheblicher Pflegebedarf, um die Datenbank weiterhin aktuell und damit nutzbar zu halten.

Dieser Pflegeaufwand wird unter Berücksichtigung der im Rahmen der Erstellung des Gutachtens gemachten Erfahrungen voraussichtlich einen Aufwand von 15 bis 20 Wochenstunden ausmachen.

Es wird dringend empfohlen mit dieser Aufgabe eine juristisch geschulte Fachkraft zu betrauen.

Auch über diese unmittelbare Umstellungsphase hinaus ist aufgrund der Veränderlichkeit des deutschen und europäischen Rechts mit einem regelmäßigen Pflegeaufwand zu rechnen.

Anhang I

Europäische und deutsche Rechtsnormen, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Stoffen und Gemischen nach der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 (CLP-Verordnung) knüpfen

| Nr. | Rechtsnorm | Art der Rechtsnorm | Zuständigkeit |
|-----|--|--------------------|---|
| 1 | (EG) Nr. 1107/2009 - Pflanzenschutzmittelverordnung | EU-Verordnung | Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit |
| 2 | (EG) Nr. 1907/2006 - REACH-Verordnung | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 3 | (EG) Nr. 66/2010 - EU-Umweltzeichenverordnung | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 4 | (EG) Nr. 450/2009 - Verordnung über aktive und intelligente Lebensmittelkontaktmaterialien | EU-Verordnung | Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit |
| 5 | (EG) Nr. 1223/2009 - Kosmetikverordnung | EU-Verordnung | Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit |
| 6 | (EU) Nr. 528/2012 - Biozidverordnung | EU-Verordnung | Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit |
| 7 | (EG) Nr. 1005/2009 - Ozonverordnung | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 8 | (EU) Nr. 649/2012 - PIC-Verordnung | EU-Verordnung | Generaldirektion Umwelt |
| 9 | (EU) Nr. 10/2011 - Lebensmittelkontaktmaterialien-Verordnung | EU-Verordnung | Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit |
| 10 | Chemikaliengesetz (ChemG) | Gesetz | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 11 | Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) | Gesetz | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 12 | Strafgesetzbuch (StGB) | Gesetz | Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz |
| 13 | Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) | Gesetz | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 14 | Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) | Gesetz | Bundesministeriums für Arbeit und Soziales |
| 15 | Altfahrzeug-Verordnung (AltfahrzeugV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 16 | Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) | Verordnung | Bundesministeriums für Arbeit und Soziales |
| 17 | Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 18 | Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 19 | Grundwasserverordnung (GrwV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |

Anhang II

Europäische und deutsche Rechtsnormen, welche Rechtsfolgen an die Einstufung von Stoffen und Zubereitungen nach den Richtlinien 1999/45/EG und 67/548/EWG knüpfen

| Nr. | Rechtsnorm | Art der Rechtsnorm | Zuständigkeit |
|-----|--|--------------------|---|
| 1 | Strafgesetzbuch (StGB) | Gesetz | Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz |
| 2 | Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) | Gesetz | Bundesministerium des Inneren |
| 3 | Chemikaliengesetz (ChemG) | Gesetz | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 4 | Gesundheitsschutz-Bergverordnung (GesBergV) | Verordnung | Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie |
| 5 | Mutter-Arbeitsschutzverordnung (MuSchArbV) | Verordnung | Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend |
| 6 | Festlandsockel-Bergverordnung (FlsBergV) | Verordnung | Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie |
| 7 | Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) | Verordnung | Bundesministeriums für Arbeit und Soziales |
| 8 | Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 9 | Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (AVV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 10 | Verpackungsverordnung (VerpackV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 11 | Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 12 | Verordnung über Rohrfernleitungsanlagen (RohrFLtgV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 13 | Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 14 | Deponieverordnung (DepV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 15 | Störfall-Verordnung (12. BImSchV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |

| Nr. | Rechtsnorm | Art der Rechtsnorm | Zuständigkeit |
|-----|--|-----------------------|---|
| 16 | Verordnung über Emissionserklärungen (11. BImSchV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 17 | Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) | Verordnung | Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur |
| 18 | Baustellenverordnung (BaustellV) | Verordnung | Bundesministeriums für Arbeit und Soziales |
| 19 | Bedarfsgegenständeverordnung (BedGegstV) | Verordnung | Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft |
| 20 | Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 21 | Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) | Verordnung | Bundesministeriums für Arbeit und Soziales |
| 22 | Designverordnung (DesignV) | Verordnung | Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz |
| 24 | Chemikalien-Verbotsverordnung (ChemVerbotsV) | Verordnung | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 23 | Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) | Verwaltungsvorschrift | Bundesministeriums für Arbeit und Soziales |
| 25 | Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe (VwVwS) | Verwaltungsvorschrift | Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit |
| 26 | Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Durchführung des Schnellwarnsystems für Lebensmittel, Lebensmittelbedarfsgegenstände und Futtermittel (AVV SWS) | Verwaltungsvorschrift | Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft |

Anhang III

Rechtsfolgen aus der aktuellen Legaleinstufung von Formaldehyd (Carc. 1B u. Muta. 2), der derzeit auf europäischer Ebene diskutierten Einstufung von Blei (Repro. 1A), sowie der theoretisch möglichen Legaleinstufung von Ethanol (Carc. 1A u. Repro. 1A)

I. Rechtsfolgen die an die Einstufung von Formaldehyd knüpfen

Der Stoff Formaldehyd (CAS-Nummer: 50-00-0) ist nach der CLP-Verordnung als karzinogen der Kategorie 1B und als mutagen der Kategorie 2 legal eingestuft.

1. Rechtsfolgen gem. Tabelle 1 aufgrund der Einstufung als karzinogen der Kategorie 1B:

a. (EG) Nr. 1107/2009 – Pflanzenschutzmittelverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------------|---|
| Art. 3 Nr. 4 | Entsprechende Stoffe, die in dem Pflanzenschutzmittel in einer Konzentration vorhanden sind, die dazu führt, dass das Mittel als gefährlich im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie 1999/45/EG angesehen wird, werden als "bedenklicher Stoff" eingestuft. |
| Art. 4 (7) | Keine Ausnahmegenehmigung entsprechender Wirkstoffe gem. Art. 4 (7) (EG) Nr. 1107/2009 möglich |
| Art. 47 (1) b) | Vereinfachte Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit geringem Risiko können nicht erteilt werden, wenn entsprechende Wirkstoffe enthalten sind. |
| Anhang II, Nr. 3.6.3 | Ein Wirkstoff, Safener oder Synergist wird nur dann zugelassen, wenn er [...], nicht gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 als karzinogene Substanz der Kategorie 1A oder 1B eingestuft wird oder einzustufen ist, es sei denn die Exposition von Menschen gegenüber diesem Wirkstoff, Safener oder Synergisten in einem Pflanzenschutzmittel ist unter realistisch anzunehmenden Verwendungsbedingungen vernachlässigbar |
| Anhang II, Nr. 3.7.2.3. | Ein Wirkstoff, Safener oder Synergist erfüllt das Kriterium der Toxizität (i.S.v. PBT), wenn der Stoff als karzinogen (Kategorie 1A oder 1B), mutagen (Kategorie 1A oder 1B) oder reproduktionstoxisch (Kategorie 1A, 1B oder 2) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 eingestuft wird. Ein Wirkstoff, Safener oder Synergist wird gem. Anhang II 3.7.2. nur dann zugelassen, wenn er nicht als persistent, bioakkumulierbar und toxisch (PBT) eingestuft wird. |
| Anhang II, Nr. 4. | Ein entsprechend eingestufter Wirkstoff der als Substitutionskandidat gilt, kann gem. Art. 24 genehmigt werden, wenn der betreffende Stoff nicht gemäß den Kriterien in Anhang II Nummer 3.6.3 ausgeschlossen wurde |
| Anhang II, Nr. 5. | Ein entsprechender Wirkstoff gilt nicht als Wirkstoff mit geringem Risiko |

b. (EG) Nr. 1907/2006 - REACH-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------------|--|
| Art. 14 (4) Unterabsatz 1 b) | Für entsprechende Stoffe ist eine erweiterte Stoffsicherheitsbeurteilung gem. Art. 14 (4) Unterabsatz 2 durchzuführen. |
| Art. 31 (1) a) | Der Lieferant eines Stoffes oder eines Gemischs hat dem Abnehmer des Stoffes oder des Gemischs ein Sicherheitsdatenblatt nach Anhang II zur Verfügung zu stellen. |
| Art. 33 (1) | Jeder Lieferant eines Erzeugnisses, das einen entsprechenden Stoff in einer Konzentration von mehr als 0,1 Massenprozent (w/w) enthält, stellt dem Abnehmer des Erzeugnisses die ihm vorliegenden, für eine sichere Verwendung des Erzeugnisses ausreichenden Informationen zur Verfügung, gibt aber mindestens den Namen des betreffenden Stoffes an. |
| Art. 33 (2) | Auf Ersuchen eines Verbrauchers stellt jeder Lieferant eines Erzeugnisses, das einen entsprechenden Stoff in einer Konzentration von mehr als 0,1 Massenprozent (w/w) enthält, dem Verbraucher die ihm vorliegenden, für eine sichere Verwendung des Erzeugnisses ausreichenden Informationen zur Verfügung, gibt aber mindestens den Namen des betreffenden Stoffes an. |
| Art. 40 (1) b) | Der Prüfung entsprechender Stoffe im Rahmen der Registrierung ist Vorrang zu geben |
| Art. 57 a) | Die entsprechenden Stoffe können nach dem Verfahren des Artikels 58 in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 aufgenommen werden und somit unter Zulassungspflicht gestellt werden. |
| Art. 68 (2) | Für einen Stoff als solchen, in einem Gemisch oder in einem Erzeugnis, der die Kriterien für die Einstufung in die Gefahrenklassen Karzinogenität, Keimzellenmutagenität oder Reproduktionstoxizität der Kategorie 1A oder 1B erfüllt und von Verbrauchern verwendet werden könnte und für den von der Kommission Beschränkungen der Verwendung durch Verbraucher vorgeschlagen werden, wird Anhang XVII nach dem in Artikel 133 Absatz 4 genannten Verfahren geändert. Anhang XVII enthält Beschränkungen der Herstellung, des Inverkehrbringens und der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse |
| Anhang XVII, Nr. 3 b) | Ein Stoff als solcher, in einem Gemisch oder in einem Erzeugnis, für den eine Beschränkung nach Anhang XVII gilt, darf gemäß Artikel 67 (1) nur hergestellt, in Verkehr gebracht oder verwendet werden, wenn die Maßgaben dieser Beschränkung beachtet werden. |
| Anhang III, a) | Dossiers nach Artikel 10 a) für Phase-in-Stoffe, die in Mengen von 1 Tonne oder mehr pro Jahr und pro Hersteller oder Importeur hergestellt oder importiert werden und die dieses Kriterium erfüllen, müssen nach Artikel 12 (1) a) unter den Ziffern vi und vii mindestens Informationen nach Anhang VII enthalten |
| Anhang III, b) | Dossiers nach Artikel 10 a) für Phase-in-Stoffe, die in Mengen von 1 Tonne oder mehr pro Jahr und pro Hersteller oder Importeur hergestellt oder importiert werden, die zudem eine weit verbreitete oder diffuse Verwendungen aufweisen, und die dieses Kriterium erfüllen, müssen nach Artikel 12 (1) a) unter den Ziffern vi und vii mindestens Informationen nach Anhang VII enthalten |
| Art. 119 (1) a) | Die ECHA macht für die entsprechenden Stoffe als solche, in Gemischen, oder in Erzeugnissen die Bezeichnung laut IUPAC-Nomenklatur, nach Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe e über das Internet kostenlos öffentlich zugänglich |

c. (EG) Nr. 66/2010 - EU-Umweltzeichenverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 6 (6) | Das EU-Umweltzeichen darf nicht für Produkte vergeben werden, die Stoffe oder Zubereitungen bzw. Gemische enthalten, die diese Kriterien erfüllen. |

d. (EG) Nr. 450/2009 - Verordnung über aktive und intelligente Lebensmittelkontaktmaterialien

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 5 (2) a) i) | Entsprechende Stoffe dürfen auch nicht ausnahmsweise gem. Art. 5 (2) c) in Bestandteilen aktiver und intelligenter Materialien und Gegenstände verwendet werden. |

e. (EG) Nr. 1223/2009 – Kosmetikverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 13 (1) g) | Im Rahmen der Notifizierung von kosmetischen Mitteln sind der Name und die „Chemicals Abstracts Service“ (CAS) - oder EG-Nummer der entsprechenden Stoffe anzugeben. |
| Art. 15 (2) Satz 1 | Die Verwendung entsprechender Stoffe in kosmetischen Mitteln ist verboten. |
| Art. 21 | Die verantwortlichen Personen müssen quantitative Angaben zu den entsprechenden Stoffen in kosmetischen Mitteln der Öffentlichkeit zugänglich machen. |

f. (EG) Nr. 1005/2009 – Ozonverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Art. 7 (2) Satz 3 | Bei als Ausgangsstoffen hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur als Ausgangsstoff verwendet werden darf. |
| Art. 8 (3) Satz 2 | Bei als Verarbeitungshilfsstoffen hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur als Verarbeitungshilfsstoff verwendet werden darf. |
| Art. 10 (3) Satz 2 | Bei für wesentliche Labor- und Analysezwecke hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur für wesentliche Labor- und Analysezwecke verwendet werden darf. |

g. (EU) Nr. 649/2012 - PIC-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Art. 10 (1) b) | Jeder Exporteur von Gemischen, welche Stoffe die in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 gelistet sind, in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflichten der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, informiert im ersten Quartal jeden Jahres die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Exporteurs über die Menge der im Vorjahr an jede Vertragspartei bzw. jedes sonstige Land gelieferten Chemikalien, in Form der Stoffe selbst und der in Gemischen oder in Artikeln enthaltenen Chemikalien. Diese Informationen umfassen auch eine Liste mit den Namen und Anschriften sämtlicher natürlicher und juristischer Personen, die die Chemikalie in eine Vertragspartei oder in ein sonstiges Land eingeführt haben und an die während des betreffenden Zeitraums geliefert wurde. |
| Art. 10 (1) c) | Jeder Exporteur von Artikeln, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 aufgeführte Chemikalien in ihrem Ausgangszustand enthalten, oder von Gemischen, die diese Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflichten der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, informiert im ersten Quartal jeden Jahres die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Exporteurs über die Menge der im Vorjahr an jede Vertragspartei bzw. jedes sonstige Land gelieferten Chemikalien, in Form der Stoffe selbst und der in Gemischen oder in Artikeln enthaltenen Chemikalien. Diese Informationen umfassen auch eine Liste mit den Namen und Anschriften sämtlicher natürlicher und juristischer Personen, die die Chemikalie in eine Vertragspartei oder in ein sonstiges Land eingeführt haben und an die während des betreffenden Zeitraums geliefert wurde. |
| Art. 14 (6) | Gemische, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 aufgeführte Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflicht der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, dürfen unabhängig von der beabsichtigten Verwendung in der einführenden Vertragspartei oder dem einführenden sonstigen Land, nur ausgeführt werden, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist: a) der Ausführer hat durch die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Ausführers in Absprache mit der Kommission, die von der Agentur unterstützt wird, und der bezeichneten nationalen Behörde der einführenden Vertragspartei oder der zuständigen Behörde eines einführenden sonstigen Landes die ausdrückliche Zustimmung zur Einfuhr beantragt und erhalten; b) bei den in Anhang I Teil 3 aufgeführten Chemikalien wird im neuesten Rundschreiben, das vom Sekretariat gemäß Absatz 1 veröffentlicht wird, mitgeteilt, dass die einführende Vertragspartei ihre Zustimmung zur Einfuhr erteilt hat. |
| Art. 14 (7) Satz 2 | In Anhang I Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 aufgeführte Chemikalien, dürfen nicht gemäß Artikel 14 (7) Satz 1 Buchstabe b) ausgeführt werden, wenn sie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 als karzinogen, Kategorie 1A oder 1B, oder mutagen, Kategorie 1A oder 1B, oder reproduktionstoxisch, Kategorie 1A oder 1B, eingestuft worden sind. |
| Art. 15 (1) b) | Artikel unterliegen dem Verfahren der Ausfuhrnotifikation im Sinne von Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012, wenn sie Gemische enthalten, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 gelistete Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflicht der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen. |

h. (EU) Nr. 528/2012 – Biozidverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 3 (1) f) | Entsprechende Stoffe, die in dem Biozidprodukt in einer Konzentration vorhanden sind, die dazu führt, dass das Produkt als gefährlich im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 anzusehen ist, werden als "bedenklicher Stoff" eingestuft. |
| Art. 5 (1) a) | Entsprechende Wirkstoffe werden nicht für die Zwecke der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 genehmigt. |
| Art. 10 (1) a) | Entsprechende Wirkstoffe werden als zu ersetzender Stoff eingestuft, wenn sie nach Artikel 5 Absatz 2 genehmigungsfähig sind. |
| 19 (4) b) | Entsprechende Biozidprodukte werden nicht zur Bereitstellung auf dem Markt zwecks Verwendung durch die breite Öffentlichkeit zugelassen. |
| Art. 28 (2) a) | Entsprechende Stoffe werden als Besorgniserregend i.S.d. Art. 28 (1) betrachtet. |
| Art. 28 (2) b) | Entsprechende Stoffe werden als Besorgniserregend i.S.d. Art. 28 (1) betrachtet. |
| Art. 28 (1) | Entsprechende Stoffe können nicht in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 aufgenommen werden und somit nicht Wirkstoffe im vereinfachten Zulassungsverfahren nach Art. 26 der Verordnung verwendet werden, da sie gem. Art. 28 (2) als besorgniserregend betrachtet werden. |
| Art. 28 (1) | Entsprechende Stoffe können nicht in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 aufgenommen werden und somit nicht Wirkstoffe im vereinfachten Zulassungsverfahren nach Art. 26 der Verordnung verwendet werden, da sie gem. Art. 28 (2) als besorgniserregend betrachtet werden. |
| Art. 42 (1) | Für Biozidprodukte, welche entsprechende Wirkstoffe enthalten können keine Unionszulassungen beantragt werden. |
| Art. 67 (1) c) | Wird ein entsprechender Wirkstoff als Biozidwirkstoff genehmigt, so ist im Rahmen der Veröffentlichung der Wirkstoffspezifischen Informationen auch die Erfüllung der Kriterien des Artikels 5 (1) der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 öffentlich bekannt zu machen. |
| Art. 4 (1) Satz 2 | Ein entsprechender Wirkstoff kann nur für einen Anfangszeitraum von höchstens 5 Jahren genehmigt werden. |

i. (EU) Nr. 10/2011 - Lebensmittelkontaktmaterialien-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 13 (4) a) | In einem Mehrschicht-Material oder -Gegenstand aus Kunststoff, der dazu bestimmt ist, mit Lebensmitteln in Kontakt zu kommen, darf eine Kunststoffschicht, die nicht unmittelbar in Berührung mit Lebensmitteln ist und durch eine funktionelle Barriere vom Lebensmittel getrennt ist, nur dann aus Stoffen hergestellt sein, die nicht in der entsprechenden Unionsliste oder dem vorläufigen Verzeichnis aufgeführt sind, wenn diese nicht als „mutagen“, „karzinogen“ oder „reproduktionstoxisch“ eingestuft sind. |
| Art. 14 (3) a) | In einem Mehrschicht-Material oder -Gegenstand aus Kunststoff, der dazu bestimmt ist, mit Lebensmitteln in Kontakt zu kommen, darf eine Kunststoffschicht, die nicht unmittelbar in Berührung mit Lebensmitteln ist und durch eine funktionelle Barriere vom Lebensmittel getrennt ist, nur dann aus Stoffen hergestellt sein, die nicht in der entsprechenden Unionsliste oder dem vorläufigen Verzeichnis aufgeführt sind, wenn diese nicht als „mutagen“, „karzinogen“ oder „reproduktionstoxisch“ eingestuft sind. |

j. Strafgesetzbuch (StGB)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 328 Absatz 3 Nr. 1 | Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unter Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten beim Betrieb einer Anlage, insbesondere einer Betriebsstätte oder technischen Einrichtung, gefährliche Stoffe und Gemische lagert, bearbeitet, verarbeitet oder sonst verwendet und dadurch die Gesundheit eines anderen, Tiere oder Pflanzen, Gewässer, die Luft oder den Boden oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet. |

k. Chemikaliengesetz (ChemG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 3a Absatz 3 | Entsprechende Stoffe und Gemische gelten als gefährlich i.S.d. Chemikaliengesetzes |
| § 16e Absatz 1 | Wer ein gefährliches Gemisch in den Verkehr bringt, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung in § 16e (1) näher bestimmte Informationen mitzuteilen. |
| § 16e Absatz 2 | Wer als Arzt zur Behandlung oder zur Beurteilung der Folgen einer Erkrankung hinzugezogen wird, bei der zumindest der Verdacht besteht, dass sie auf Einwirkungen gefährlicher Stoffe, gefährlicher Gemische, von Erzeugnissen, die gefährliche Stoffe oder Gemische freisetzen oder enthalten zurückgeht, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Stoff oder das Gemisch, Alter und Geschlecht des Patienten, den Expositionsweg, die aufgenommene Menge und die festgestellten Symptome mitzuteilen. |

l. Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------|---|
| § 3 Absatz 13 Nr. 1 b) | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne des Gesetzes. |
| § 13 Absatz 6 | Jeder Hersteller hat den Wiederverwendungseinrichtungen, Behandlungsanlagen und Anlagen zur stofflichen Verwertung Informationen über die Wiederverwendung und Behandlung für jeden in Verkehr gebrachten Typ neuer Elektro- und Elektronikgeräte innerhalb eines Jahres nach dem Inverkehrbringen des jeweiligen Gerätes in Form von Handbüchern oder in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Aus diesen Informationen muss sich ergeben, welche verschiedenen Bauteile und Werkstoffe die Elektro- und Elektronikgeräte enthalten und an welcher Stelle sich in den Elektro- und Elektronikgeräten gefährliche Stoffe und Gemische befinden. |

m. Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 22 Absatz 1 Nr. 6 | Jugendliche dürfen nicht mit Arbeiten, bei denen sie schädlichen Einwirkungen von Gefahrstoffen im Sinne des Chemikaliengesetzes ausgesetzt sind, beschäftigt werden. |

n. **Altfahrzeug-Verordnung (AltfahrzeugV)**

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------|--|
| § 2 Absatz 1 Nr. 13 b) | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der Altfahrzeug Verordnung |
| § 8 Absatz 1 Nr. 1 | Die Verwendung entsprechender Stoffe in Fahrzeugen ist zu begrenzen und bereits ab der Konzeptentwicklung von Fahrzeugen so weit wie möglich zu reduzieren. |
| § 9 Absatz 2 | Die Hersteller von Fahrzeugen sind verpflichtet, für jeden in Verkehr gebrachten neuen Fahrzeugtyp binnen sechs Monaten nach Inverkehrbringen den anerkannten Demontagebetrieben Demontageinformationen bereitzustellen. In diesen Informationen sind die einzelnen Fahrzeugbauteile und -werkstoffe sowie die Stellen aufzuführen, an denen sich gefährliche Stoffe im Fahrzeug befinden, soweit dies für die Demontagebetriebe zur Einhaltung der Anforderungen nach dieser Verordnung erforderlich ist. |

o. **Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)**

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 3 Absatz 9 | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne des BImSchG |
| § 3 Absatz 10 | Entsprechende Stoffe, die in erheblichem Umfang in einer Anlage i.S.d. BImSchG verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden und die ihrer Art nach eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück verursachen können gelten als relevante gefährliche Stoffe im Sinne des BImSchG |
| § 10 Absatz 1a Satz 1 | Wer beabsichtigt, eine Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie zu betreiben, in der entsprechende Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden, hat einen Bericht über den Ausgangszustand vorzulegen, wenn und soweit eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück durch diese Stoffe möglich ist. |
| § 5 Absatz 4 Satz 1 | Wurden nach dem 7. Januar 2013 auf Grund des Betriebs einer Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie erhebliche Bodenverschmutzungen oder erhebliche Grundwasserverschmutzungen durch entsprechende Stoffe im Vergleich zu dem im Bericht über den Ausgangszustand angegebenen Zustand verursacht, so ist der Betreiber nach Einstellung des Betriebs der Anlage verpflichtet, soweit dies verhältnismäßig ist, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Verschmutzung zu ergreifen, um das Anlagengrundstück in jenen Ausgangszustand zurückzuführen |

p. Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 2 Absatz 1 Nr. 1 b) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 der 2. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |
| § 2 Absatz 2 Satz 3 | Entsprechende Stoffe dürfen nicht den, beim Betrieb von Anlagen nach § 1 der 2. BImSchV zugelassenen, Halogenkohlenwasserstoffen zugesetzt sein oder zugesetzt werden. |

q. Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 3 Absatz 2 Nr. 1 b) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 der 31. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |

r. Grundwasserverordnung (GrwV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| § 13 Absatz 1 | Der Eintrag der entsprechenden Stoffe und Gemische in das Grundwasser ist zu verhindern. |

2. Rechtsfolgen gem. Tabelle 1 aufgrund der Einstufung als mutagen der Kategorie 2:

a. (EG) Nr. 1107/2009 – Pflanzenschutzmittelverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Art. 3 Nr. 4 | Entsprechende Stoffe, die in dem Pflanzenschutzmittel in einer Konzentration vorhanden sind, die dazu führt, dass das Mittel als gefährlich im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie 1999/45/EG angesehen wird, werden als "bedenklicher Stoff" eingestuft. |
| Art. 47 (1) b) | Vereinfachte Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit geringem Risiko können nicht erteilt werden, wenn entsprechende Wirkstoffe enthalten sind. |
| Anhang II, Nr. 5. | Ein entsprechender Wirkstoff gilt nicht als Wirkstoff mit geringem Risiko |

b. (EG) Nr. 1907/2006 - REACH-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------------|---|
| Art. 14 (4) Unterabsatz 1 b) | Für entsprechende Stoffe ist eine erweiterte Stoffsicherheitsbeurteilung gem. Art. 14 (4) Unterabsatz 2 durchzuführen. |
| Art. 31 (1) a) | Der Lieferant eines Stoffes oder eines Gemischs hat dem Abnehmer des Stoffes oder des Gemischs ein Sicherheitsdatenblatt nach Anhang II zur Verfügung zu stellen. |
| Art. 40 (1) b) | Der Prüfung entsprechender Stoffe im Rahmen der Registrierung ist Vorrang zu geben |
| Anhang XVII, Nr. 3 b) | Ein Stoff als solcher, in einem Gemisch oder in einem Erzeugnis, für den eine Beschränkung nach Anhang XVII gilt, darf gemäß Artikel 67 (1) nur hergestellt, in Verkehr gebracht oder verwendet werden, wenn die Maßgaben dieser Beschränkung beachtet werden. |
| Anhang III, b) | Dossiers nach Artikel 10 a) für Phase-in-Stoffe, die in Mengen von 1 Tonne oder mehr pro Jahr und pro Hersteller oder Importeur hergestellt oder importiert werden, die zudem eine weit verbreitete oder diffuse Verwendungen aufweisen, und die dieses Kriterium erfüllen, müssen nach Artikel 12 (1) a) unter den Ziffern vi und vii mindestens Informationen nach Anhang VII enthalten |
| Art. 119 (1) a) | Die ECHA macht für die entsprechenden Stoffe als solche, in Gemischen, oder in Erzeugnissen die Bezeichnung laut IUPAC-Nomenklatur, nach Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe e über das Internet kostenlos öffentlich zugänglich |

c. (EG) Nr. 66/2010 - EU-Umweltzeichenverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 6 (6) | Das EU-Umweltzeichen darf nicht für Produkte vergeben werden, die Stoffe oder Zubereitungen bzw. Gemische enthalten, die diese Kriterien erfüllen. |

d. (EG) Nr. 450/2009 - Verordnung über aktive und intelligente Lebensmittelkontaktmaterialien

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 5 (2) a) i) | Entsprechende Stoffe dürfen auch nicht ausnahmsweise gem. Art. 5 (2) c) in Bestandteilen aktiver und intelligenter Materialien und Gegenstände verwendet werden. |

e. (EG) Nr. 1223/2009 - Kosmetikverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Art. 15 (1) Satz 1 | Die Verwendung entsprechender Stoffe in kosmetischen Mitteln ist verboten. |
| Art. 21 | Die verantwortlichen Personen müssen quantitative Angaben zu den entsprechenden Stoffen in kosmetischen Mitteln der Öffentlichkeit zugänglich machen. |

f. (EU) Nr. 528/2012 – Biozidverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 3 (1) f) | Entsprechende Stoffe, die in dem Biozidprodukt in einer Konzentration vorhanden sind, die dazu führt, dass das Produkt als gefährlich im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 anzusehen ist, werden als "bedenklicher Stoff" eingestuft. |
| Art. 28 (2) a) | Entsprechende Stoffe werden als Besorgniserregend i.S.d. Art. 28 (1) betrachtet. |
| Art. 28 (1) | Entsprechende Stoffe können nicht in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 aufgenommen werden und somit nicht Wirkstoffe im vereinfachten Zulassungsverfahren nach Art. 26 der Verordnung verwendet werden, da sie gem. Art. 28 (2) als besorgniserregend betrachtet werden. |

g. (EG) Nr. 1005/2009 – Ozonverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Art. 7 (2) Satz 3 | Bei als Ausgangsstoffen hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur als Ausgangsstoff verwendet werden darf. |
| Art. 8 (3) Satz 2 | Bei als Verarbeitungshilfsstoffen hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur als Verarbeitungshilfsstoff verwendet werden darf. |
| Art. 10 (3) Satz 2 | Bei für wesentliche Labor- und Analysezwecke hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur für wesentliche Labor- und Analysezwecke verwendet werden darf. |

h. (EU) Nr. 649/2012 - PIC-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Art. 10 (1) b) | Jeder Exporteur von Gemischen, welche Stoffe die in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 gelistet sind, in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflichten der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, informiert im ersten Quartal jeden Jahres die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Exporteurs über die Menge der im Vorjahr an jede Vertragspartei bzw. jedes sonstige Land gelieferten Chemikalien, in Form der Stoffe selbst und der in Gemischen oder in Artikeln enthaltenen Chemikalien. Diese Informationen umfassen auch eine Liste mit den Namen und Anschriften sämtlicher natürlicher und juristischer Personen, die die Chemikalie in eine Vertragspartei oder in ein sonstiges Land eingeführt haben und an die während des betreffenden Zeitraums geliefert wurde. |
| Art. 10 (1) c) | Jeder Exporteur von Artikeln, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 aufgeführte Chemikalien in ihrem Ausgangszustand enthalten, oder von Gemischen, die diese Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflichten der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, informiert im ersten Quartal jeden Jahres die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Exporteurs über die Menge der im Vorjahr an jede Vertragspartei bzw. jedes sonstige Land gelieferten Chemikalien, in Form der Stoffe selbst und der in Gemischen oder in Artikeln enthaltenen Chemikalien. Diese Informationen umfassen auch eine Liste mit den Namen und Anschriften sämtlicher natürlicher und juristischer Personen, die die Chemikalie in eine Vertragspartei oder in ein sonstiges Land eingeführt haben und an die während des betreffenden Zeitraums geliefert wurde. |
| Art. 14 (6) | Gemische, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 aufgeführte Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflicht der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, dürfen unabhängig von der beabsichtigten Verwendung in der einführenden Vertragspartei oder dem einführenden sonstigen Land, nur ausgeführt werden, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist: a) der Ausführer hat durch die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Ausführers in Absprache mit der Kommission, die von der Agentur unterstützt wird, und der bezeichneten nationalen Behörde der einführenden Vertragspartei oder der zuständigen Behörde eines einführenden sonstigen Landes die ausdrückliche Zustimmung zur Einfuhr beantragt und erhalten; b) bei den in Anhang I Teil 3 aufgeführten Chemikalien wird im neuesten Rundschreiben, das vom Sekretariat gemäß Absatz 1 veröffentlicht wird, mitgeteilt, dass die einführende Vertragspartei ihre Zustimmung zur Einfuhr erteilt hat. |
| Art. 15 (1) b) | Artikel unterliegen dem Verfahren der Ausfuhrnotifikation im Sinne von Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012, wenn sie Gemische enthalten, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 gelistete Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflicht der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen. |

i. (EU) Nr. 10/2011 - Lebensmittelkontaktmaterialien-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Art. 13 (4) a) | In einem Mehrschicht-Material oder -Gegenstand aus Kunststoff, der dazu bestimmt ist, mit Lebensmitteln in Kontakt zu kommen, darf eine Kunststoffschicht, die nicht unmittelbar in Berührung mit Lebensmitteln ist und durch eine funktionelle Barriere vom Lebensmittel getrennt ist, nur dann aus Stoffen hergestellt sein, die nicht in der entsprechenden Unionsliste oder dem vorläufigen Verzeichnis aufgeführt sind, wenn diese nicht als „mutagen“, „karzinogen“ oder „reproduktionstoxisch“ eingestuft sind. |
| Art. 14 (3) a) | In einem Mehrschicht-Verbundmaterial oder -gegenstand aus Kunststoff, der dazu bestimmt ist, mit Lebensmitteln in Kontakt zu kommen, darf eine Kunststoffschicht, die nicht unmittelbar in Berührung mit Lebensmitteln ist und durch eine funktionelle Barriere vom Lebensmittel getrennt ist, nur dann aus Stoffen hergestellt sein, die nicht in der entsprechenden Unionsliste oder dem vorläufigen Verzeichnis aufgeführt sind, wenn diese nicht als „mutagen“, „karzinogen“ oder „reproduktionstoxisch“ eingestuft sind. |

j. Chemikaliengesetz (ChemG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 3a Absatz 3 | Entsprechende Stoffe und Gemische gelten als gefährlich i.S.d. Chemikaliengesetzes |
| § 16e Absatz 1 | Wer ein gefährliches Gemisch in den Verkehr bringt, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung in § 16e (1) näher bestimmte Informationen mitzuteilen. |
| § 16e Absatz 2 | Wer als Arzt zur Behandlung oder zur Beurteilung der Folgen einer Erkrankung hinzugezogen wird, bei der zumindest der Verdacht besteht, dass sie auf Einwirkungen gefährlicher Stoffe, gefährlicher Gemische, von Erzeugnissen, die gefährliche Stoffe oder Gemische freisetzen oder enthalten zurückgeht, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Stoff oder das Gemisch, Alter und Geschlecht des Patienten, den Expositionsweg, die aufgenommene Menge und die festgestellten Symptome mitzuteilen. |

k. Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------|---|
| § 3 Absatz 13 Nr. 1 b) | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne des Gesetzes. |
| § 13 Absatz 6 | Jeder Hersteller hat den Wiederverwendungseinrichtungen, Behandlungsanlagen und Anlagen zur stofflichen Verwertung Informationen über die Wiederverwendung und Behandlung für jeden in Verkehr gebrachten Typ neuer Elektro- und Elektronikgeräte innerhalb eines Jahres nach dem Inverkehrbringen des jeweiligen Gerätes in Form von Handbüchern oder in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Aus diesen Informationen muss sich ergeben, welche verschiedenen Bauteile und Werkstoffe die Elektro- und Elektronikgeräte enthalten und an welcher Stelle sich in den Elektro- und Elektronikgeräten gefährliche Stoffe und Gemische befinden. |

l. Strafgesetzbuch (StGB)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 328 Absatz 3 Nr. 1 | Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unter Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten beim Betrieb einer Anlage, insbesondere einer Betriebsstätte oder technischen Einrichtung, gefährliche Stoffe und Gemische lagert, bearbeitet, verarbeitet oder sonst verwendet und dadurch die Gesundheit eines anderen, Tiere oder Pflanzen, Gewässer, die Luft oder den Boden oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet. |

m. Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 22 Absatz 1 Nr. 6 | Jugendliche dürfen nicht mit Arbeiten, bei denen sie schädlichen Einwirkungen von Gefahrstoffen im Sinne des Chemikaliengesetzes ausgesetzt sind, beschäftigt werden. |

n. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 3 Absatz 9 | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne des BImSchG |
| § 3 Absatz 10 | Entsprechende Stoffe, die in erheblichem Umfang in einer Anlage i.S.d. BImSchG verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden und die ihrer Art nach eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück verursachen können gelten als relevante gefährliche Stoffe im Sinne des BImSchG |
| § 10 Absatz 1a Satz 1 | Wer beabsichtigt, eine Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie zu betreiben, in der entsprechende Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden, hat einen Bericht über den Ausgangszustand vorzulegen, wenn und soweit eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück durch diese Stoffe möglich ist. |
| § 5 Absatz 4 Satz 1 | Wurden nach dem 7. Januar 2013 auf Grund des Betriebs einer Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie erhebliche Bodenverschmutzungen oder erhebliche Grundwasserverschmutzungen durch entsprechende Stoffe im Vergleich zu dem im Bericht über den Ausgangszustand angegebenen Zustand verursacht, so ist der Betreiber nach Einstellung des Betriebs der Anlage verpflichtet, soweit dies verhältnismäßig ist, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Verschmutzung zu ergreifen, um das Anlagengrundstück in jenen Ausgangszustand zurückzuführen |

o. Altfahrzeug-Verordnung (AltfahrzeugV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------|--|
| § 2 Absatz 1 Nr. 13 b) | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der Altfahrzeug Verordnung |
| § 8 Absatz 1 Nr. 1 | Die Verwendung entsprechender Stoffe in Fahrzeugen ist zu begrenzen und bereits ab der Konzeptentwicklung von Fahrzeugen so weit wie möglich zu reduzieren. |
| § 9 Absatz 2 | Die Hersteller von Fahrzeugen sind verpflichtet, für jeden in Verkehr gebrachten neuen Fahrzeugtyp binnen sechs Monaten nach Inverkehrbringen den anerkannten Demontagebetrieben Demontageinformationen bereitzustellen. In diesen Informationen sind die einzelnen Fahrzeugbauteile und -werkstoffe sowie die Stellen aufzuführen, an denen sich gefährliche Stoffe im Fahrzeug befinden, soweit dies für die Demontagebetriebe zur Einhaltung der Anforderungen nach dieser Verordnung erforderlich ist. |

p. Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|---|
| § 2 Absatz 1 Nr. 1 b) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 der 2. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |

q. Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 3 Absatz 2 Nr. 1 b) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 der 31. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |
| § 3 Absatz 3 Satz 2 | Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen aus einer Anlage, die entsprechend einzustufen sind, dürfen einen Massenstrom von 100 Gramm je Stunde oder in gefassten Abgasen eine Massenkonzentration von 20 Milligramm je Kubikmeter nicht überschreiten. |

r. Grundwasserverordnung (GrwV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| § 13 Absatz 1 | Der Eintrag der entsprechenden Stoffe und Gemische in das Grundwasser ist zu verhindern. |

3. Rechtsfolgen gem. Tabelle 2 aufgrund der Vergabe der R-Sätze R 45 und R 49:

Gemäß der Entsprechungstabelle der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin(BAuA) entspricht die Einstufung als karzinogen der Kategorie 1B nach der CLP-Verordnung der Vergabe der R-Sätze R 45 - *Kann Krebs erzeugen* bzw. R 49 - *Kann Krebs erzeugen beim Einatmen* nach der Richtlinie 67/548/EWG.

a. Strafgesetzbuch (StGB)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 326 Absatz 1 Nr. 2 | Wer unbefugt entsprechende Abfälle außerhalb einer dafür zugelassenen Anlage oder unter wesentlicher Abweichung von einem vorgeschriebenen oder zugelassenen Verfahren sammelt, befördert, behandelt, verwertet, lagert, ablagert, ablässt, beseitigt, handelt, makelt oder sonst bewirtschaftet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. |

b. Chemikaliengesetz (ChemG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 3a Absatz 1 Nr. 12 | Entsprechend eingestufte Stoffe und Gemische sind Gefährliche Stoffe oder gefährliche Gemische im Sinne des Chemikaliengesetzes. |
| § 16e Absatz 1 | Wer als Hersteller oder Einführer oder unter Verwendung eines eigenen Handelsnamens ein gefährliches Gemisch oder ein Biozid-Produkt in den Verkehr bringt, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Handelsnamen, Angaben über die Zusammensetzung, die Kennzeichnung, Hinweise zur Verwendung, Empfehlungen über Vorsichtsmaßnahmen beim Verwenden und Sofortmaßnahmen bei Unfällen sowie jede spätere Veränderung zu diesen Angaben mitzuteilen, die für die Behandlung von Erkrankungen, die auf Einwirkungen seines Gemisches oder seines Biozid-Produkts zurückgehen können, von Bedeutung sein kann. |
| § 16e Absatz 2 | Wer als Arzt zur Behandlung oder zur Beurteilung der Folgen einer Erkrankung hinzugezogen wird, bei der zumindest der Verdacht besteht, dass sie auf Einwirkungen gefährlicher Stoffe, gefährlicher Gemische, von Erzeugnissen, die gefährliche Stoffe oder Gemische freisetzen oder enthalten zurückgeht, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Stoff oder das Gemisch, Alter und Geschlecht des Patienten, den Expositionsweg, die aufgenommene Menge und die festgestellten Symptome mitzuteilen. |
| § 19 Absatz 2 Nr. 1 | Entsprechende Stoffe und Gemische gelten als Gefahrstoffe im Sinne der Gefahrstoffverordnung. |

c. Gesundheitsschutz-Bergverordnung (GesBergV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 2 Absatz 4 Nr. 1 a) | Der Unternehmer hat Personen, die mit der Aufsuchung oder der Gewinnung und Aufbereitung von Bodenschätzen, der Untergrundspeicherung auf dem Festland und in den Küstengewässern, mit der Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Rohstoffe in Halden, oder in bergbaulichen Versuchsgruben und Ausbildungsstätten beschäftigt waren und anschließend mit anderen Tätigkeiten innerhalb des Unternehmens beschäftigt werden, oder aus dem Beschäftigungsverhältnis ausscheiden, nachgehende Untersuchungen in Zeitabständen von längstens fünf Jahren zu ermöglichen, wenn sie bei diesen Tätigkeiten mit krebserzeugenden Gefahrstoffen umgegangen sind und hierbei der Arbeitsplatzgrenzwert nach § 2 Absatz 7 der Gefahrstoffverordnung überschritten worden ist. |
| § 4 Absatz 1 Nr. 1 | Der Unternehmer darf Personen im Anwendungsbereich der Verordnung nur so beschäftigen, dass sie mit nach der Gefahrstoffverordnung kennzeichnungspflichtigen krebserzeugenden, erbgutverändernden, fruchtbarkeitsgefährdenden, sehr giftigen und giftigen Gefahrstoffen nicht umgehen. |
| § 17 Absatz 1 Nr. 2 | Wer Personen im Anwendungsbereich der Verordnung so beschäftigt, dass sie mit nach der Gefahrstoffverordnung kennzeichnungspflichtigen krebserzeugenden, erbgutverändernden, fruchtbarkeitsgefährdenden, sehr giftigen und giftigen Gefahrstoffen - ausgenommen Schädlingsbekämpfungsmittel - umgehen, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 145 Abs. 3 Nr. 2 des Bundesberggesetzes. |

d. Mutter-Arbeitsschutzverordnung (MuSchArbV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| § 5 Absatz 1 Nr. 3 | Werdende Mütter dürfen mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen nicht beschäftigt werden. |
| § 5 Absatz 1 Nr. 4 | Stillende Mütter dürfen mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen nicht beschäftigt werden, wenn der Grenzwert überschritten wird. |
| § 6 Absatz 2 | Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 eine werdende oder stillende Mutter mit entsprechenden Stoffen oder Zubereitungen beschäftigt handelt ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Nr. 4 des Mutterschutzgesetzes. |
| § 6 Absatz 4 | Wer vorsätzlich oder fahrlässig durch eine § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 verletzende Beschäftigung einer werdenden oder stillenden Mutter mit entsprechenden Stoffen oder Zubereitungen, eine Frau in ihrer Arbeitskraft oder Gesundheit gefährdet, ist nach § 21 Abs. 3, 4 des Mutterschutzgesetzes strafbar. |
| Anlage 1 - A.1.a. | Entsprechende Stoffe und Zubereitungen gelten als Chemische Gefahrstoffe im Sinne der MuSchArbV soweit bekannt ist, dass sie die Gesundheit der schwangeren Arbeitnehmerin und des ungeborenen Kindes gefährden und sofern sie noch nicht in Anlage 2 MuSchArbV aufgenommen sind. |
| § 1 Absatz 1 Satz 1 | Der Arbeitgeber muss rechtzeitig für jede Tätigkeit, bei der werdende oder stillende Mütter durch entsprechende Stoffe und Zubereitungen gefährdet werden können, Art, Ausmaß und Dauer der Gefährdung beurteilen. |

e. Festlandsockel-Bergverordnung (FlsBergV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------------|---|
| § 8 Absatz 1 Satz 1 | Der Unternehmer hat Arbeitsplätze und Arbeitsräume so einzurichten, auszustatten und zu unterhalten, dass von ihnen keine gefährdenden Einwirkungen durch entsprechende Stoffe oder Zubereitungen ausgehen. |
| § 17 Absatz 1 Satz 1 | Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass Behältnisse oder Verpackungen von entsprechenden Stoffen und Zubereitungen bei der Lagerung und Verwendung im Betrieb entsprechend ihrem Gefahrengrad mit den hierfür nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter geltenden Gefahrensymbolen und Gefahrenbezeichnungen gekennzeichnet sind. |
| § 17 Absatz 1 Satz 2 | Ein Umfüllen von Gefahrstoffen in andere als die vom Hersteller gelieferten und gekennzeichneten Behältnisse oder Verpackungen ist nur zulässig, wenn diese der Ursprungsverpackung mindestens gleichwertig und entsprechend gekennzeichnet sind. |
| § 17 Absatz 1 Satz 3 | Beim Umgang mit den Gefahrstoffen haben die Beschäftigten die vom Hersteller gegebenen Gefahrenhinweise und Sicherheitsratschläge zu befolgen. |
| § 41 Absatz 1 Satz 2 Nr. 8 | Der Unternehmer hat für den Umgang mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen, zur Regelung wiederkehrender und sicherheitlich bedeutsamer Betriebs- und Arbeitsvorgänge die für ihren sicheren und ordnungsgemäßen Ablauf erforderlichen Bedienungsanleitungen, Verhaltensregeln und Sicherheitsvorkehrungen durch innerbetriebliche Anordnung in Betriebsanweisungen schriftlich festzulegen. |

f. Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------------|---|
| § 2 Absatz 1 Nr. 1 | Entsprechende Stoffe und Zubereitungen gelten als Gefahrstoffe im Sinne der GefStoffV. |
| § 3 Satz 2 Nr. 12 | Entsprechende Stoffe und Zubereitungen sind gefährlich im Sinne der GefStoffV. |
| § 4 Absatz 5 | Werden entsprechende Stoffe oder Zubereitungen unverpackt in Verkehr gebracht, sind jeder Liefereinheit geeignete Sicherheitsinformationen oder ein Sicherheitsdatenblatt in deutscher Sprache beizufügen. |
| § 6 Absatz 12 Satz 1 | Der Arbeitgeber hat ein Verzeichnis der im Betrieb verwendeten Gefahrstoffe zu führen, in dem auf die entsprechenden Sicherheitsdatenblätter verwiesen wird. |
| § 6 Absatz 1 | Im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung als Bestandteil der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes hat der Arbeitgeber festzustellen, ob die Beschäftigten Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausüben oder ob bei Tätigkeiten Gefahrstoffe entstehen oder freigesetzt werden können. Ist dies der Fall, so hat er alle hiervon ausgehenden Gefährdungen der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten zu beurteilen. |
| § 7 Absatz 1 | Der Arbeitgeber darf eine Tätigkeit mit Gefahrstoffen erst aufnehmen lassen, nachdem eine Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV durchgeführt und die erforderlichen Schutzmaßnahmen nach Abschnitt 4 GefStoffV ergriffen worden sind. |
| § 7 Absatz 3 Satz 2 | Der Arbeitgeber hat Gefahrstoffe oder Verfahren durch Stoffe, Zubereitungen oder Erzeugnisse oder Verfahren zu ersetzen, die unter den jeweiligen Verwendungsbedingungen für die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten nicht oder weniger gefährlich sind. |
| § 7 Absatz 4 | Der Arbeitgeber hat Gefährdungen der Gesundheit und der Sicherheit der Beschäftigten bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen auszuschließen. Ist dies nicht möglich, hat er sie auf ein Minimum zu reduzieren. Diesen Geboten hat der Arbeitgeber durch die Festlegung und Anwendung geeigneter Schutzmaßnahmen Rechnung zu tragen. |
| § 7 Absatz 9 | Sofern Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausgeübt werden, für die kein Arbeitsplatzgrenzwert vorliegt, hat der Arbeitgeber regelmäßig die Wirksamkeit der ergriffenen technischen Schutzmaßnahmen durch geeignete Ermittlungsmethoden zu überprüfen, zu denen auch Arbeitsplatzmessungen gehören können. |
| § 8 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen die in § 8 Absatz 1 GefStoffV genannten Schutzmaßnahmen zu ergreifen |
| § 8 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass gefährliche Stoffe und Zubereitungen innerbetrieblich mit einer Kennzeichnung versehen sind, die ausreichende Informationen über die Einstufung, über die Gefahren bei der Handhabung und über die zu beachtenden Sicherheitsmaßnahmen enthält; vorzugsweise ist eine Kennzeichnung zu wählen, die der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 oder nach den Übergangsvorschriften dieser Verordnung der Richtlinie 67/548/EWG oder der Richtlinie 1999/45/EG entspricht. |
| § 8 Absatz 2 Satz 3 | Sind entsprechende Stoffe und Zubereitungen nicht gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 GefStoffV gekennzeichnet, darf der Arbeitgeber Tätigkeiten mit diesen Stoffen und Zubereitungen nicht ausüben lassen. |
| § 8 Absatz 3 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass die Beschäftigten in Arbeitsbereichen, in denen sie Gefahrstoffen ausgesetzt sein können, keine Nahrungs- oder Genussmittel zu sich nehmen. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|--|
| § 8 Absatz 4 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass durch Verwendung verschließbarer Behälter eine sichere Lagerung, Handhabung und Beförderung von Gefahrstoffen auch bei der Abfallentsorgung gewährleistet ist. |
| § 8 Absatz 5 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe so aufbewahrt oder gelagert werden, dass sie weder die menschliche Gesundheit noch die Umwelt gefährden. Er hat dabei wirksame Vorkehrungen zu treffen, um Missbrauch oder Fehlgebrauch zu verhindern. Insbesondere dürfen Gefahrstoffe nicht in solchen Behältern aufbewahrt oder gelagert werden, durch deren Form oder Bezeichnung der Inhalt mit Lebensmitteln verwechselt werden kann. Sie dürfen nur übersichtlich geordnet und nicht in unmittelbarer Nähe von Arznei-, Lebens- oder Futtermitteln, einschließlich deren Zusatzstoffe, aufbewahrt oder gelagert werden. Bei der Aufbewahrung zur Abgabe oder zur sofortigen Verwendung muss eine Kennzeichnung nach § 8 Absatz 2 GefStoffV deutlich sichtbar und lesbar angebracht sein. |
| § 8 Absatz 6 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe, die nicht mehr benötigt werden, und entleerte Behälter, die noch Reste von Gefahrstoffen enthalten können, sicher gehandhabt, vom Arbeitsplatz entfernt und sachgerecht gelagert oder entsorgt werden. |
| § 8 Absatz 7 Satz 1 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass entsprechende Stoffe und Zubereitungen unter Verschluss oder so aufbewahrt oder gelagert werden, dass nur fachkundige und zuverlässige Personen Zugang haben. |
| § 8 Absatz 7 Satz 2 | Tätigkeiten mit diesen Stoffen und Zubereitungen dürfen nur von fachkundigen oder besonders unterwiesenen Personen ausgeführt werden. |
| § 9 Absatz 2 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe in einem geschlossenen System hergestellt und verwendet werden, wenn die Substitution der Gefahrstoffe nach § 7 Absatz 3 GefStoffV durch solche Stoffe, Zubereitungen, Erzeugnisse oder Verfahren, die bei ihrer Verwendung nicht oder weniger gefährlich für die Gesundheit und Sicherheit sind, technisch nicht möglich ist und eine erhöhte Gefährdung der Beschäftigten durch inhalative Exposition gegenüber diesen Gefahrstoffen besteht. Ist die Anwendung eines geschlossenen Systems technisch nicht möglich, so hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, dass die Exposition der Beschäftigten nach dem Stand der Technik und unter Beachtung von § 7 Absatz 4 GefStoffV so weit wie möglich verringert wird. |
| § 9 Absatz 5 Satz 2 | Der Arbeitgeber hat die durch Gefahrstoffe verunreinigte Arbeitskleidung zu reinigen. |
| § 9 Absatz 7 | Wenn Tätigkeiten mit Gefahrstoffen von einer oder einem Beschäftigten allein ausgeübt werden, hat der Arbeitgeber zusätzliche Schutzmaßnahmen zu ergreifen oder eine angemessene Aufsicht zu gewährleisten. |
| § 10 Absatz 1 Satz 1 | Bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen, für die kein Arbeitsplatzgrenzwert nach § 20 Absatz 4 GefStoffV bekannt gegeben worden ist, hat der Arbeitgeber ein geeignetes, risikobezogenes Maßnahmenkonzept anzuwenden, um das Minimierungsgebot nach § 7 Absatz 4 GefStoffV umzusetzen. Hierbei sind die nach § 20 Absatz 4 GefStoffV bekannt gegebenen Regeln, Erkenntnisse und Beurteilungsmaßstäbe zu berücksichtigen. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|--|
| § 10 Absatz 1 Satz 2 | Bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, erbgutverändernden und fruchtbarkeitsgefährdenden Gefahrstoffen der Kategorie 1 oder 2 hat der Arbeitgeber die Bestimmungen nach den Absätzen 3 bis 5 zu des § 10 GefStoffV erfüllen. Die besonderen Bestimmungen des Anhangs II Nummer 6 sind zu beachten. |
| § 10 Absatz 3 | Wenn Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen ausgeübt werden, hat der Arbeitgeber die Exposition der Beschäftigten durch Arbeitsplatzmessungen oder durch andere geeignete Ermittlungsmethoden zu bestimmen, auch um erhöhte Expositionen infolge eines unvorhersehbaren Ereignisses oder eines Unfalls schnell erkennen zu können, Gefahrenbereiche abzugrenzen, in denen Beschäftigte diesen Gefahrstoffen ausgesetzt sind oder ausgesetzt sein können, und Warn- und Sicherheitszeichen anzubringen. |
| § 10 Absatz 4 | Bei Tätigkeiten, bei denen eine beträchtliche Erhöhung der Exposition der Beschäftigten durch krebserzeugende, erbgutverändernde oder fruchtbarkeitsgefährdende Gefahrstoffe der Kategorie 1 oder 2 zu erwarten ist und bei denen jede Möglichkeit weiterer technischer Schutzmaßnahmen zur Begrenzung dieser Exposition bereits ausgeschöpft wurde, hat der Arbeitgeber nach Beratung mit den Beschäftigten oder mit ihrer Vertretung Maßnahmen zu ergreifen, um die Dauer der Exposition der Beschäftigten so weit wie möglich zu verkürzen und den Schutz der Beschäftigten während dieser Tätigkeiten zu gewährleisten. Er hat den betreffenden Beschäftigten persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen, die sie während der gesamten Dauer der erhöhten Exposition tragen müssen. |
| § 10 Absatz 5 | Werden in einem Arbeitsbereich Tätigkeiten mit krebserzeugenden, erbgutverändernden oder fruchtbarkeitsgefährdenden Gefahrstoffen der Kategorie 1 oder 2 ausgeübt, darf die dort abgesaugte Luft nicht in den Arbeitsbereich zurückgeführt werden. |
| § 11 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilung Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und anderer Personen vor physikalisch-chemischen Einwirkungen bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen zu ergreifen, um Gefährdungen zu vermeiden oder diese so weit wie möglich zu verringern. Dies gilt insbesondere bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, die zu Brand- und Explosionsgefährdungen führen können, mit explosionsgefährlichen, brandfördernden, hochentzündlichen, leichtentzündlichen und entzündlichen Stoffen und Zubereitungen, einschließlich ihrer Lagerung, sowie mit Stoffen, die in gefährlicher Weise chemisch miteinander reagieren können. Dabei hat der Arbeitgeber Anhang I Nummer 1 und 5 zu beachten. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 1 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Beschäftigten und ihre Vertretung nachprüfen können, ob die Bestimmungen Der GefStoffV eingehalten werden. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Beschäftigten und ihre Vertretung bei einer erhöhten Exposition, einschließlich der in § 10 Absatz 4 Satz 1 GefStoffV genannten Fälle, unverzüglich unterrichtet und über die Ursachen sowie über die bereits ergriffenen oder noch zu ergreifenden Gegenmaßnahmen informiert werden. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|--|
| § 14 Absatz 3 Nr. 3 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass ein aktualisiertes Verzeichnis über die Beschäftigten geführt wird, die Tätigkeiten ausüben, bei denen die Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV eine Gefährdung der Gesundheit oder der Sicherheit der Beschäftigten ergibt; in dem Verzeichnis ist auch die Höhe und die Dauer der Exposition anzugeben, der die Beschäftigten ausgesetzt waren. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 4 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass das Verzeichnis nach § 14 Absatz 3 Nummer 3 GefStoffV mit allen Aktualisierungen 40 Jahre nach Ende der Exposition aufbewahrt wird; bei Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen hat der Arbeitgeber den Beschäftigten einen Auszug über die sie betreffenden Angaben des Verzeichnisses auszuhändigen und einen Nachweis hierüber wie Personalunterlagen aufzubewahren. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 5 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Ärztin oder der Arzt nach § 7 Absatz 1 GefStoffV zur arbeitsmedizinischen Vorsorge, die zuständige Behörde sowie jede für die Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz verantwortliche Person Zugang zu dem Verzeichnis nach § 14 Absatz 3 Nummer 3 GefStoffV haben. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 6 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Beschäftigten Zugang zu den sie persönlich betreffenden Angaben in dem Verzeichnis nach § 14 Absatz 3 Nummer 3 GefStoffV haben. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 7 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Beschäftigten und ihre Vertretung Zugang zu den nicht personenbezogenen Informationen allgemeiner Art in dem Verzeichnis nach § 14 Absatz 3 Nummer 3 GefStoffV haben. |
| § 15 Absatz 1 Satz 1 | Sollen in einem Betrieb Fremdfirmen Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausüben, hat der Arbeitgeber als Auftraggeber sicherzustellen, dass nur solche Fremdfirmen herangezogen werden, die über die Fachkenntnisse und Erfahrungen verfügen, die für diese Tätigkeiten erforderlich sind. |
| § 15 Absatz 2 | Kann bei Tätigkeiten von Beschäftigten eines Arbeitgebers eine Gefährdung von Beschäftigten anderer Arbeitgeber durch entsprechende Gefahrstoffe nicht ausgeschlossen werden, so haben alle betroffenen Arbeitgeber bei der Durchführung ihrer Gefährdungsbeurteilungen nach § 6 GefStoffV zusammenzuwirken und die Schutzmaßnahmen abzustimmen. Dies ist zu dokumentieren. Die Arbeitgeber haben dabei sicherzustellen, dass Gefährdungen der Beschäftigten aller beteiligten Unternehmen durch Gefahrstoffe wirksam begegnet wird. |
| § 15 Absatz 4 | Besteht bei Tätigkeiten von Beschäftigten eines Arbeitgebers eine erhöhte Gefährdung von Beschäftigten anderer Arbeitgeber durch Gefahrstoffe, ist durch die beteiligten Arbeitgeber ein Koordinator zu bestellen. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| § 15 Absatz 5 | Vor dem Beginn von Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten oder Bauarbeiten muss der Arbeitgeber für die Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV Informationen, insbesondere vom Auftraggeber oder Bauherrn, darüber einholen, ob entsprechend der Nutzungs- oder Baugeschichte des Objekts Gefahrstoffe, insbesondere Asbest, vorhanden oder zu erwarten sind. Weiter reichende Informations-, Schutz- und Überwachungspflichten, die sich für den Auftraggeber oder Bauherrn nach anderen Rechtsvorschriften ergeben, bleiben unberührt. |
| § 18 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen: 1. jeden Unfall und jede Betriebsstörung, die bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen zu einer ernsten Gesundheitsschädigung von Beschäftigten geführt haben, und 2. Krankheits- und Todesfälle, bei denen konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie durch die Tätigkeit mit Gefahrstoffen verursacht worden sind, mit der genauen Angabe der Tätigkeit und der Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV. |
| § 18 Absatz 2 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde auf Verlangen die Tätigkeiten, bei denen Beschäftigte tatsächlich oder möglicherweise gegenüber Gefahrstoffen exponiert worden sind, und die Anzahl dieser Beschäftigten mitzuteilen. |
| § 18 Absatz 3 Nr. 1 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen auf Verlangen das Ergebnis der Substitutionsprüfung mitzuteilen. |
| § 18 Absatz 3 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen auf Verlangen Informationen über die ausgeübten Tätigkeiten und angewandten industriellen Verfahren und die Gründe für die Verwendung dieser Gefahrstoffe, die Menge der hergestellten oder verwendeten Gefahrstoffe, die Art der zu verwendenden Schutzausrüstung, Art und Ausmaß der Exposition, durchgeführte Substitutionen mitzuteilen. |

g. Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (AVV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 3 Absatz 2 Nr. 9 | Von als gefährlich eingestuften Abfällen wird angenommen, dass sie eines oder mehrere der folgenden Merkmale aufweisen: 9. Konzentration von $\geq 0,1\%$ an einem als krebserzeugend bekannten Stoff der Kategorie 1 oder 2. |

h. Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 3 Absatz 2 Nr. 1 a) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 der 31. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |

i. Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|---|
| § 2 Absatz 1 Nr. 1 a) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 Absatz 1 der 2. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |
| § 2 Absatz 2 Satz 3 | Beim Betrieb von Anlagen im Sinne des § 1 Absatz 1 2. BImSchV dürfen den Halogenkohlenwasserstoffen keine Stoffe zugesetzt sein oder zugesetzt werden, entsprechend zu kennzeichnen sind. |

j. Störfall-Verordnung (12. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------------------|--|
| § 2 Nr. 1 i.V.m. Anhang I Nr. 10a | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der 12. BImSchV. |
| § 2 Nr. 1 i.V.m. Anhang I Nr. 10b | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der 12. BImSchV. |

k. Baustellenverordnung (BaustellV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Anhang II Nr.2 | Arbeiten, bei denen die Beschäftigten entsprechenden Stoffen oder Zubereitungen ausgesetzt sind, gelten als besonders gefährliche Arbeiten im Sinne des § 2 Absatz 3 BaustellV. |
| § 2 Absatz 3 | Sind die Beschäftigten auf einer Baustelle bei der Arbeit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen ausgesetzt, so ist dafür zu sorgen, dass vor Einrichtung der Baustelle ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellt wird. Der Plan muss die für die betreffende Baustelle anzuwendenden Arbeitsschutzbestimmungen erkennen lassen und besondere Maßnahmen für diese Arbeiten nach enthalten. Erforderlichenfalls sind bei Erstellung des Planes betriebliche Tätigkeiten auf dem Gelände zu berücksichtigen. |

l. Bedarfsgegenständeverordnung (BedGegstV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|--------------------------------|--|
| § 3 i.V.m. Anhang I Lfd. Nr. 5 | Entsprechende flüssige Stoffe und Zubereitungen dürfen nicht für die Herstellung oder Behandlung von Scherzspielen verwendet werden. |

m. Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 10 Absatz 2 | Einträge von entsprechenden Schadstoffen in den Boden sind, soweit technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar, zu begrenzen. |

n. Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|--|---|
| § 5 Absatz 1 Satz 1 i.V.m. Anhang Teil 1 Absatz 2 Nr. 2 d) | Der Arbeitgeber hat den Beschäftigten Angebotsvorsorge anzubieten, wenn diese Tätigkeiten mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen ausführen. |
| § 5 Absatz 3 Satz 1 i.V.m. Anhang Teil 1 Absatz 3 Nr. 1 a) | Der Arbeitgeber hat Beschäftigten sowie ehemals Beschäftigten, welche Tätigkeiten mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen ausführen und ausführten, nach Beendigung bestimmter Tätigkeiten, bei denen nach längeren Latenzzeiten Gesundheitsstörungen auftreten können, nachgehende Vorsorge anzubieten. |

o. Chemikalien-Verbotsverordnung (ChemVerbotsV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---|---|
| § 1 Absatz 1 i.V.m. Anhang I Abschnitt 5 Spalte 2 Nr. 1 | Das Inverkehrbringen von entsprechenden Stoffen und Zubereitungen in Dekorationsgegenständen und Spielen, sowie von Dekorationsgegenständen und Spielen, die diese freisetzen können oder enthalten, ist verboten. |
| § 1 Absatz 1 i.V.m. Anhang I Abschnitt 5 Spalte 2 Nr. 2 | Das Inverkehrbringen von entsprechenden flüssigen Stoffen und Zubereitungen die mit dem R-Satz R 65 zu kennzeichnen sind, als Brennstoff in Zierlampen verwendet werden können und Farbstoffe (außer aus steuerlichen Gründen) oder Duftstoffe enthalten, ist verboten. Dies gilt entsprechend für das Inverkehrbringen von Farb- und Duftstoffen, die zur Verwendung in den dort unter Buchstabe a und b genannten Stoffen oder Zubereitungen bestimmt sind. |

p. Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| 5.2.7 | Die im Abgas enthaltenen Emissionen krebserzeugender, erbgutverändernder oder reproduktionstoxischer Stoffe oder Emissionen schwer abbaubarer, leicht anreicherbarer und hochtoxischer organischer Stoffe sind unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit so weit wie möglich zu begrenzen (Emissionsminimierungsgebot). |
| 5.2.7.1.1 | Nicht namentlich aufgeführte krebserzeugende Stoffe sind den Klassen zuzuordnen, deren Stoffen sie in ihrer Wirkungsstärke am nächsten stehen und dürfen, auch bei dem Vorhandensein mehrerer Stoffe derselben Klasse, als Mindestanforderung die in Nr. 5.2.7.1.1 genannten Massenkonzentrationen oder Massenströme im Abgas nicht überschreiten |
| 5.4.21.10.1 | Die Emissionen an entsprechenden Stoffen von Anlagen zur Innenreinigung von Eisenbahnkesselwagen, Straßentankfahrzeugen, Tankschiffen oder Tankcontainern dürfen als Mindestanforderung insgesamt den Massenstrom 2,5 g/h oder die Massenkonzentration 5 mg/m ³ nicht überschreiten. |
| 5.4.10.21.2 | Bei Anlagen zur automatischen Reinigung von Fässern oder vergleichbaren Behältern (z.B. Tankpaletten) einschließlich zugehöriger Aufarbeitungsanlagen, in denen schwerpunktmäßig Fässer oder Behälter gereinigt werden, die mit entsprechenden organischen Stoffen verunreinigt sind, sind im Einzelfall weitergehende Anforderungen festzulegen. |

q. Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe (VwVwS)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Anhang 3 Nr. 1 | Entsprechend eingestuften Stoffen werden 9 Bewertungspunkte zugeordnet. |

r. Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Durchführung des Schnellwarnsystems für Lebensmittel, Lebensmittelbedarfsgegenstände und Futtermittel (AVV SWS)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 7 Absatz 2 Nr. 1 d) | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit i.S.d. § 7 Absatz 1 AVV SWS liegt insbesondere bei Lebensmitteln vor, die Stoffe enthalten, die krebserzeugend, erbgutschädigend oder fortpflanzungsgefährdend sind und eine gemeinschaftsrechtlich geregelte Höchstmenge oder, soweit nicht vorhanden, eine nationale Höchstmenge überschreiten. |
| § 7a Absatz 2 Nr. 3 | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit i.S.d. § 7a Absatz 1 AVV SWS liegt insbesondere bei Lebensmittelbedarfsgegenständen vor, die Stoffe an Lebensmittel abgeben, die krebserzeugend, erbgutschädigend oder fortpflanzungsgefährdend sind und eine gemeinschaftsrechtlich geregelte oder eine nationale Höchstmenge überschreiten. |
| § 8 Absatz 2 Nr. 1 | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit im Sinne des § 8 Absatz 1 AVV SWS geht von Futtermitteln aus, bei Überschreitungen der in der Anlage 5 der Futtermittelverordnung festgelegten Höchstgehalte an unerwünschten Stoffen sowie in der Anlage 5a der Futtermittelverordnung geregelten Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln, wenn diese Stoffe fruchtschädigend, erbgutschädigend oder krebsauslösend sind und nachweisbar in vom Tier stammende Lebensmittel übergehen können. |

4. Rechtsfolgen gem. Tabelle 2 aufgrund der aufgrund der Vergabe der R-Sätze R 45 und R 49:

Gemäß der Entsprechungstabelle der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin(BAuA) entspricht die Einstufung als mutagen der Kategorie 2 nach der CLP-Verordnung der Vergabe des R-Satzes R 68 - *Irreversibler Schaden möglich* nach der Richtlinie 67/548/EWG.

a. Strafgesetzbuch (StGB)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 326 Absatz 1 Nr. 2 | Wer unbefugt entsprechende Abfälle außerhalb einer dafür zugelassenen Anlage oder unter wesentlicher Abweichung von einem vorgeschriebenen oder zugelassenen Verfahren sammelt, befördert, behandelt, verwertet, lagert, ablagert, ablässt, beseitigt, handelt, makelt oder sonst bewirtschaftet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. |

b. Gesundheitsschutz-Bergverordnung (GesBergV)Strafgesetzbuch (StGB)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| § 4 Absatz 1 Nr. 1 | Der Unternehmer darf Personen im Anwendungsbereich der Verordnung nur so beschäftigen, daß sie mit nach der Gefahrstoffverordnung kennzeichnungspflichtigen krebserzeugenden, erbgutverändernden, fruchtbarkeitsgefährdenden, sehr giftigen und giftigen Gefahrstoffen nicht umgehen. |
| § 17 Absatz 1 Nr. 2 | Wer Personen im Anwendungsbereich der Verordnung so beschäftigt, daß sie mit nach der Gefahrstoffverordnung kennzeichnungspflichtigen krebserzeugenden, erbgutverändernden, fruchtbarkeitsgefährdenden, sehr giftigen und giftigen Gefahrstoffen - ausgenommen Schädlingsbekämpfungsmittel - umgehen, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 145 Abs. 3 Nr. 2 des Bundesberggesetzes. |

c. Chemikaliengesetz (ChemG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 3a Absatz 1 Nr. 14 | Entsprechend eingestufte Stoffe und Gemische sind Gefährliche Stoffe oder gefährliche Gemische im Sinne des Chemikaliengesetzes. |
| § 16e Absatz 1 | Wer als Hersteller oder Einführer oder unter Verwendung eines eigenen Handelsnamens ein gefährliches Gemisch oder ein Biozid-Produkt in den Verkehr bringt, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Handelsnamen, Angaben über die Zusammensetzung, die Kennzeichnung, Hinweise zur Verwendung, Empfehlungen über Vorsichtsmaßnahmen beim Verwenden und Sofortmaßnahmen bei Unfällen sowie jede spätere Veränderung zu diesen Angaben mitzuteilen, die für die Behandlung von Erkrankungen, die auf Einwirkungen seines Gemisches oder seines Biozid-Produkts zurückgehen können, von Bedeutung sein kann. |
| § 16e Absatz 2 | Wer als Arzt zur Behandlung oder zur Beurteilung der Folgen einer Erkrankung hinzugezogen wird, bei der zumindest der Verdacht besteht, dass sie auf Einwirkungen gefährlicher Stoffe, gefährlicher Gemische, von Erzeugnissen, die gefährliche Stoffe oder Gemische freisetzen oder enthalten zurückgeht, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Stoff oder das Gemisch, Alter und Geschlecht des Patienten, den Expositionsweg, die aufgenommene Menge und die festgestellten Symptome mitzuteilen. |
| § 19 Absatz 2 Nr. 1 | Entsprechende Stoffe und Gemische gelten als Gefahrstoffe im Sinne der Gefahrstoffverordnung. |

d. Mutter-Arbeitsschutzverordnung (MuSchArbV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| § 5 Absatz 1 Nr. 3 | Werdende Mütter dürfen mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen nicht beschäftigt werden. |
| § 5 Absatz 1 Nr. 4 | Stillende Mütter dürfen mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen nicht beschäftigt werden, wenn der Grenzwert überschritten wird. |
| § 6 Absatz 2 | Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 eine werdende oder stillende Mutter mit entsprechenden Stoffen oder Zubereitungen beschäftigt handelt ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Nr. 4 des Mutterschutzgesetzes. |
| § 6 Absatz 4 | Wer vorsätzlich oder fahrlässig durch eine § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 verletzende Beschäftigung einer werdenden oder stillenden Mutter mit entsprechenden Stoffen oder Zubereitungen, eine Frau in ihrer Arbeitskraft oder Gesundheit gefährdet, ist nach § 21 Abs. 3, 4 des Mutterschutzgesetzes strafbar. |

e. Festlandsockel-Bergverordnung (FlsBergV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------------|---|
| § 8 Absatz 1 Satz 1 | Der Unternehmer hat Arbeitsplätze und Arbeitsräume so einzurichten, auszustatten und zu unterhalten, dass von ihnen keine gefährdenden Einwirkungen durch entsprechende Stoffe oder Zubereitungen ausgehen. |
| § 17 Absatz 1 Satz 1 | Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, daß Behältnisse oder Verpackungen von entsprechenden Stoffen und Zubereitungen bei der Lagerung und Verwendung im Betrieb entsprechend ihrem Gefahrenggrad mit den hierfür nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter geltenden Gefahrensymbolen und Gefahrenbezeichnungen gekennzeichnet sind. |
| § 17 Absatz 1 Satz 2 | Ein Umfüllen von Gefahrstoffen in andere als die vom Hersteller gelieferten und gekennzeichneten Behältnisse oder Verpackungen ist nur zulässig, wenn diese der Ursprungsverpackung mindestens gleichwertig und entsprechend gekennzeichnet sind. |
| § 17 Absatz 1 Satz 3 | Beim Umgang mit den Gefahrstoffen haben die Beschäftigten die vom Hersteller gegebenen Gefahrenhinweise und Sicherheitsratschläge zu befolgen. |
| § 41 Absatz 1 Satz 2 Nr. 8 | Der Unternehmer hat für den Umgang mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen, zur Regelung wiederkehrender und sicherheitlich bedeutsamer Betriebs- und Arbeitsvorgänge die für ihren sicheren und ordnungsgemäßen Ablauf erforderlichen Bedienungsanleitungen, Verhaltensregeln und Sicherheitsvorkehrungen durch innerbetriebliche Anordnung in Betriebsanweisungen schriftlich festzulegen. |

f. Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|--|
| § 2 Absatz 1 Nr. 1 | Entsprechende Stoffe und Zubereitungen gelten als Gefahrstoffe im Sinne der GefStoffV. |
| § 3 Satz 2 Nr. 14 | Entsprechende Stoffe und Zubereitungen sind gefährlich im Sinne der GefStoffV. |
| § 4 Absatz 5 | Werden entsprechende Stoffe oder Zubereitungen unverpackt in Verkehr gebracht, sind jeder Liefereinheit geeignete Sicherheitsinformationen oder ein Sicherheitsdatenblatt in deutscher Sprache beizufügen. |
| § 6 Absatz 12 Satz 1 | Der Arbeitgeber hat ein Verzeichnis der im Betrieb verwendeten Gefahrstoffe zu führen, in dem auf die entsprechenden Sicherheitsdatenblätter verwiesen wird. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------------|--|
| § 6 Absatz 1 | Im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung als Bestandteil der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes hat der Arbeitgeber festzustellen, ob die Beschäftigten Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausüben oder ob bei Tätigkeiten Gefahrstoffe entstehen oder freigesetzt werden können. Ist dies der Fall, so hat er alle hiervon ausgehenden Gefährdungen der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten zu beurteilen. |
| § 7 Absatz 1 | Der Arbeitgeber darf eine Tätigkeit mit Gefahrstoffen erst aufnehmen lassen, nachdem eine Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV durchgeführt und die erforderlichen Schutzmaßnahmen nach Abschnitt 4 GefStoffV ergriffen worden sind. |
| § 7 Absatz 3 Satz 2 | Der Arbeitgeber hat Gefahrstoffe oder Verfahren durch Stoffe, Zubereitungen oder Erzeugnisse oder Verfahren zu ersetzen, die unter den jeweiligen Verwendungsbedingungen für die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten nicht oder weniger gefährlich sind. |
| § 7 Absatz 4 | Der Arbeitgeber hat Gefährdungen der Gesundheit und der Sicherheit der Beschäftigten bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen auszuschließen. Ist dies nicht möglich, hat er sie auf ein Minimum zu reduzieren. Diesen Geboten hat der Arbeitgeber durch die Festlegung und Anwendung geeigneter Schutzmaßnahmen Rechnung zu tragen. |
| § 7 Absatz 9 | Sofern Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausgeübt werden, für die kein Arbeitsplatzgrenzwert vorliegt, hat der Arbeitgeber regelmäßig die Wirksamkeit der ergriffenen technischen Schutzmaßnahmen durch geeignete Ermittlungsmethoden zu überprüfen, zu denen auch Arbeitsplatzmessungen gehören können. |
| § 8 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen die in § 8 Absatz 1 GefStoffV genannten Schutzmaßnahmen zu ergreifen |
| § 8 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass gefährliche Stoffe und Zubereitungen innerbetrieblich mit einer Kennzeichnung versehen sind, die ausreichende Informationen über die Einstufung, über die Gefahren bei der Handhabung und über die zu beachtenden Sicherheitsmaßnahmen enthält; vorzugsweise ist eine Kennzeichnung zu wählen, die der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 oder nach den Übergangsvorschriften dieser Verordnung der Richtlinie 67/548/EWG oder der Richtlinie 1999/45/EG entspricht. |
| § 8 Absatz 3 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass die Beschäftigten in Arbeitsbereichen, in denen sie Gefahrstoffen ausgesetzt sein können, keine Nahrungs- oder Genussmittel zu sich nehmen. |
| § 8 Absatz 4 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass durch Verwendung verschließbarer Behälter eine sichere Lagerung, Handhabung und Beförderung von Gefahrstoffen auch bei der Abfallentsorgung gewährleistet ist. |
| § 8 Absatz 5 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe so aufbewahrt oder gelagert werden, dass sie weder die menschliche Gesundheit noch die Umwelt gefährden. Er hat dabei wirksame Vorkehrungen zu treffen, um Missbrauch oder Fehlgebrauch zu verhindern. Insbesondere dürfen Gefahrstoffe nicht in solchen Behältern aufbewahrt oder gelagert werden, durch deren Form oder Bezeichnung der Inhalt mit Lebensmitteln verwechselt werden kann. Sie dürfen nur übersichtlich geordnet und nicht in unmittelbarer Nähe von Arznei-, Lebens- oder Futtermitteln, einschließlich deren Zusatzstoffe, aufbewahrt oder gelagert werden. Bei der Aufbewahrung zur Abgabe oder zur sofortigen Verwendung muss eine Kennzeichnung nach § 8 Absatz 2 GefStoffV deutlich sichtbar und lesbar angebracht sein. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|--|
| § 8 Absatz 6 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe, die nicht mehr benötigt werden, und entleerte Behälter, die noch Reste von Gefahrstoffen enthalten können, sicher gehandhabt, vom Arbeitsplatz entfernt und sachgerecht gelagert oder entsorgt werden. |
| § 9 Absatz 2 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe in einem geschlossenen System hergestellt und verwendet werden, wenn die Substitution der Gefahrstoffe nach § 7 Absatz 3 GefStoffV durch solche Stoffe, Zubereitungen, Erzeugnisse oder Verfahren, die bei ihrer Verwendung nicht oder weniger gefährlich für die Gesundheit und Sicherheit sind, technisch nicht möglich ist und eine erhöhte Gefährdung der Beschäftigten durch inhalative Exposition gegenüber diesen Gefahrstoffen besteht. Ist die Anwendung eines geschlossenen Systems technisch nicht möglich, so hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, dass die Exposition der Beschäftigten nach dem Stand der Technik und unter Beachtung von § 7 Absatz 4 GefStoffV so weit wie möglich verringert wird. |
| § 9 Absatz 5 Satz 2 | Der Arbeitgeber hat die durch Gefahrstoffe verunreinigte Arbeitskleidung zu reinigen. |
| § 9 Absatz 7 | Wenn Tätigkeiten mit Gefahrstoffen von einer oder einem Beschäftigten allein ausgeübt werden, hat der Arbeitgeber zusätzliche Schutzmaßnahmen zu ergreifen oder eine angemessene Aufsicht zu gewährleisten. |
| § 11 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilung Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und anderer Personen vor physikalisch-chemischen Einwirkungen bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen zu ergreifen, um Gefährdungen zu vermeiden oder diese so weit wie möglich zu verringern. Dies gilt insbesondere bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, die zu Brand- und Explosionsgefährdungen führen können, mit explosionsgefährlichen, brandfördernden, hochentzündlichen, leichtentzündlichen und entzündlichen Stoffen und Zubereitungen, einschließlich ihrer Lagerung, sowie mit Stoffen, die in gefährlicher Weise chemisch miteinander reagieren können. Dabei hat der Arbeitgeber Anhang I Nummer 1 und 5 zu beachten. |
| § 15 Absatz 1 Satz 1 | Sollen in einem Betrieb Fremdfirmen Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausüben, hat der Arbeitgeber als Auftraggeber sicherzustellen, dass nur solche Fremdfirmen herangezogen werden, die über die Fachkenntnisse und Erfahrungen verfügen, die für diese Tätigkeiten erforderlich sind. |
| § 15 Absatz 2 | Kann bei Tätigkeiten von Beschäftigten eines Arbeitgebers eine Gefährdung von Beschäftigten anderer Arbeitgeber durch entsprechende Gefahrstoffe nicht ausgeschlossen werden, so haben alle betroffenen Arbeitgeber bei der Durchführung ihrer Gefährdungsbeurteilungen nach § 6 GefStoffV zusammenzuwirken und die Schutzmaßnahmen abzustimmen. Dies ist zu dokumentieren. Die Arbeitgeber haben dabei sicherzustellen, dass Gefährdungen der Beschäftigten aller beteiligten Unternehmen durch Gefahrstoffe wirksam begegnet wird. |
| § 15 Absatz 4 | Besteht bei Tätigkeiten von Beschäftigten eines Arbeitgebers eine erhöhte Gefährdung von Beschäftigten anderer Arbeitgeber durch Gefahrstoffe, ist durch die beteiligten Arbeitgeber ein Koordinator zu bestellen. |
| § 15 Absatz 5 | Vor dem Beginn von Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten oder Bauarbeiten muss der Arbeitgeber für die Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV Informationen, insbesondere vom Auftraggeber oder Bauherrn, darüber einholen, ob entsprechend der Nutzungs- oder Baugeschichte des Objekts Gefahrstoffe, insbesondere Asbest, vorhanden oder zu erwarten sind. Weiter reichende Informations-, Schutz- und Überwachungspflichten, die sich für den Auftraggeber oder Bauherrn nach anderen Rechtsvorschriften ergeben, bleiben unberührt. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 18 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen: 1. jeden Unfall und jede Betriebsstörung, die bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen zu einer ernsten Gesundheitsschädigung von Beschäftigten geführt haben, und 2. Krankheits- und Todesfälle, bei denen konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie durch die Tätigkeit mit Gefahrstoffen verursacht worden sind, mit der genauen Angabe der Tätigkeit und der Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV. |
| § 18 Absatz 2 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde auf Verlangen die Tätigkeiten, bei denen Beschäftigte tatsächlich oder möglicherweise gegenüber Gefahrstoffen exponiert worden sind, und die Anzahl dieser Beschäftigten mitzuteilen. |
| § 8 Absatz 2 Satz 3 | Sind entsprechende Stoffe und Zubereitungen nicht gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 GefStoffV gekennzeichnet, darf der Arbeitgeber Tätigkeiten mit diesen Stoffen und Zubereitungen nicht ausüben lassen. |

g. Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (AVV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 3 Absatz 2 Nr. 14 | Von als gefährlich eingestuften Abfällen wird angenommen, dass sie eines oder mehrere der folgenden Merkmale aufweisen: - Konzentration von $\geq 1\%$ an einem nach R 40 als erbgutverändernd eingestuften Stoff der Kategorie 3. |

h. Störfall-Verordnung (12. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------------------|--|
| § 2 Nr. 1 i.V.m. Anhang I Nr. 10a | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der 12. BImSchV. |
| § 2 Nr. 1 i.V.m. Anhang I Nr. 10b | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der 12. BImSchV. |

i. Bedarfsgegenständeverordnung (BedGegstV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|--------------------------------|--|
| § 3 i.V.m. Anhang I Lfd. Nr. 5 | Entsprechende flüssige Stoffe und Zubereitungen dürfen nicht für die Herstellung oder Behandlung von Scherzspielen verwendet werden. |

j. Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 10 Absatz 2 | Einträge von entsprechenden Schadstoffen in den Boden sind, soweit technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar, zu begrenzen. |

k. Chemikalien-Verbotsverordnung (ChemVerbotsV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---|---|
| § 1 Absatz 1 i.V.m. Anhang I Abschnitt 5 Spalte 2 Nr. 1 | Das Inverkehrbringen von entsprechenden Stoffen und Zubereitungen in Dekorationsgegenständen und Spielen, sowie von Dekorationsgegenständen und Spielen, die diese freisetzen können oder enthalten, ist verboten. |
| § 1 Absatz 1 i.V.m. Anhang I Abschnitt 5 Spalte 2 Nr. 2 | Das Inverkehrbringen von entsprechenden flüssigen Stoffen und Zubereitungen die mit dem R-Satz R 65 zu kennzeichnen sind, als Brennstoff in Zierlampen verwendet werden können und Farbstoffe (außer aus steuerlichen Gründen) oder Duftstoffe enthalten, ist verboten. Dies gilt entsprechend für das Inverkehrbringen von Farb- und Duftstoffen, die zur Verwendung in den dort unter Buchstabe a und b genannten Stoffen oder Zubereitungen bestimmt sind. |

I. Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Durchführung des Schnellwarnsystems für Lebensmittel, Lebensmittelbedarfsgegenstände und Futtermittel (AVV SWS)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 7 Absatz 2 Nr. 1 d) | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit i.S.d. § 7 Absatz 1 AVV SWS liegt insbesondere bei Lebensmitteln vor, die Stoffe enthalten, die krebserzeugend, erbgutschädigend oder fortpflanzungsgefährdend sind und eine gemeinschaftsrechtlich geregelte Höchstmenge oder, soweit nicht vorhanden, eine nationale Höchstmenge überschreiten. |
| § 7a Absatz 2 Nr. 3 | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit i.S.d. § 7a Absatz 1 AVV SWS liegt insbesondere bei Lebensmittelbedarfsgegenständen vor, die Stoffe an Lebensmittel abgeben, die krebserzeugend, erbgutschädigend oder fortpflanzungsgefährdend sind und eine gemeinschaftsrechtlich geregelte oder eine nationale Höchstmenge überschreiten. |
| § 8 Absatz 2 Nr. 1 | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit im Sinne des § 8 Absatz 1 AVV SWS geht von Futtermitteln aus, bei Überschreitungen der in der Anlage 5 der Futtermittelverordnung festgelegten Höchstgehalte an unerwünschten Stoffen sowie in der Anlage 5a der Futtermittelverordnung geregelten Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln, wenn diese Stoffe fruchtschädigend, erbgutschädigend oder krebsauslösend sind und nachweisbar in vom Tier stammende Lebensmittel übergehen können. |

II. Rechtsfolgen die an die diskutierte Einstufung von Blei knüpfen

Derzeit wird auf europäischer Ebene diskutiert Blei (CAS-Nummer: 7439-92-1) als Reproduktionstoxisch der Kategorie 1A nach der CLP-Verordnung einzustufen.

1. Rechtsfolgen gem. Tabelle 1 aufgrund der Einstufung als Reproduktionstoxisch der Kategorie 1A:

a. (EG) Nr. 1107/2009 – Pflanzenschutzmittelverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-------------------------|---|
| Art. 3 Nr. 4 | Entsprechende Stoffe, die in dem Pflanzenschutzmittel in einer Konzentration vorhanden sind, die dazu führt, dass das Mittel als gefährlich im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie 1999/45/EG angesehen wird, werden als "bedenklicher Stoff" eingestuft. |
| Art. 4 (7) | Keine Ausnahmegenehmigung entsprechender Wirkstoffe gem. Art. 4 (7) (EG) Nr. 1107/2009 möglich |
| Art. 47 (1) b) | Vereinfachte Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit geringem Risiko können nicht erteilt werden, wenn entsprechende Wirkstoffe enthalten sind. |
| Anhang II, Nr. 3.6.4 | Ein Wirkstoff, Safener oder Synergist wird nur dann zugelassen, wenn er [...], nicht gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 als reproduktionstoxische Substanz der Kategorie 1A oder 1B eingestuft wird oder einzustufen ist, es sei denn die Exposition von Menschen gegenüber diesem Wirkstoff, Safener oder Synergisten in einem Pflanzenschutzmittel ist unter realistisch anzunehmenden Verwendungsbedingungen vernachlässigbar |
| Anhang II, Nr. 3.7.2.3. | Ein Wirkstoff, Safener oder Synergist erfüllt das Kriterium der Toxizität (i.S.v. PBT), wenn der Stoff als karzinogen (Kategorie 1A oder 1B), mutagen (Kategorie 1A oder 1B) oder reproduktionstoxisch (Kategorie 1A, 1B oder 2) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 eingestuft wird. Ein Wirkstoff, Safener oder Synergist wird gem. Anhang II 3.7.2. nur dann zugelassen, wenn er nicht als persistent, bioakkumulierbar und toxisch (PBT) eingestuft wird. |
| Anhang II, Nr. 4. | Ein entsprechend eingestufter Wirkstoff der als Substitutionskandidat gilt, kann gem. Art. 24 genehmigt werden, wenn der betreffende Stoff nicht gemäß den Kriterien in Anhang II Nummer 3.6.3 ausgeschlossen wurde |
| Anhang II, Nr. 5. | Ein entsprechender Wirkstoff gilt nicht als Wirkstoff mit geringem Risiko |

b. (EG) Nr. 1907/2006 - REACH-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------------|--|
| Art. 14 (4) Unterabsatz 1 b) | Für entsprechende Stoffe ist eine erweiterte Stoffsicherheitsbeurteilung gem. Art. 14 (4) Unterabsatz 2 durchzuführen. |
| Art. 31 (1) a) | Der Lieferant eines Stoffes oder eines Gemischs hat dem Abnehmer des Stoffes oder des Gemischs ein Sicherheitsdatenblatt nach Anhang II zur Verfügung zu stellen. |
| Art. 33 (1) | Jeder Lieferant eines Erzeugnisses, das einen entsprechenden Stoff in einer Konzentration von mehr als 0,1 Massenprozent (w/w) enthält, stellt dem Abnehmer des Erzeugnisses die ihm vorliegenden, für eine sichere Verwendung des Erzeugnisses ausreichenden Informationen zur Verfügung, gibt aber mindestens den Namen des betreffenden Stoffes an. |
| Art. 33 (2) | Auf Ersuchen eines Verbrauchers stellt jeder Lieferant eines Erzeugnisses, das einen entsprechenden Stoff in einer Konzentration von mehr als 0,1 Massenprozent (w/w) enthält, dem Verbraucher die ihm vorliegenden, für eine sichere Verwendung des Erzeugnisses ausreichenden Informationen zur Verfügung, gibt aber mindestens den Namen des betreffenden Stoffes an. |
| Art. 40 (1) b) | Der Prüfung entsprechender Stoffe im Rahmen der Registrierung ist Vorrang zu geben |
| Art. 57 b) | Die entsprechenden Stoffe können nach dem Verfahren des Artikels 58 in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 aufgenommen werden und somit unter Zulassungspflicht gestellt werden. |
| Art. 68 (2) | Für einen Stoff als solchen, in einem Gemisch oder in einem Erzeugnis, der die Kriterien für die Einstufung in die Gefahrenklassen Karzinogenität, Keimzellenmutagenität oder Reproduktionstoxizität der Kategorie 1A oder 1B erfüllt und von Verbrauchern verwendet werden könnte und für den von der Kommission Beschränkungen der Verwendung durch Verbraucher vorgeschlagen werden, wird Anhang XVII nach dem in Artikel 133 Absatz 4 genannten Verfahren geändert. Anhang XVII enthält Beschränkungen der Herstellung, des Inverkehrbringens und der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse |
| Anhang XVII, Nr. 3 b) | Ein Stoff als solcher, in einem Gemisch oder in einem Erzeugnis, für den eine Beschränkung nach Anhang XVII gilt, darf gemäß Artikel 67 (1) nur hergestellt, in Verkehr gebracht oder verwendet werden, wenn die Maßgaben dieser Beschränkung beachtet werden. |
| Anhang III, a) | Dossiers nach Artikel 10 a) für Phase-in-Stoffe, die in Mengen von 1 Tonne oder mehr pro Jahr und pro Hersteller oder Importeur hergestellt oder importiert werden und die dieses Kriterium erfüllen, müssen nach Artikel 12 (1) a) unter den Ziffern vi und vii mindestens Informationen nach Anhang VII enthalten |
| Anhang III, b) | Dossiers nach Artikel 10 a) für Phase-in-Stoffe, die in Mengen von 1 Tonne oder mehr pro Jahr und pro Hersteller oder Importeur hergestellt oder importiert werden, die zudem eine weit verbreitete oder diffuse Verwendungen aufweisen, und die dieses Kriterium erfüllen, müssen nach Artikel 12 (1) a) unter den Ziffern vi und vii mindestens Informationen nach Anhang VII enthalten |
| Art. 119 (1) a) | Die ECHA macht für die entsprechenden Stoffe als solche, in Gemischen, oder in Erzeugnissen die Bezeichnung laut IUPAC-Nomenklatur, nach Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe e über das Internet kostenlos öffentlich zugänglich |

c. (EG) Nr. 66/2010 - EU-Umweltzeichenverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 6 (6) | Das EU-Umweltzeichen darf nicht für Produkte vergeben werden, die Stoffe oder Zubereitungen bzw. Gemische enthalten, die diese Kriterien erfüllen. |

d. (EG) Nr. 450/2009 - Verordnung über aktive und intelligente Lebensmittelkontaktmaterialien

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 5 (2) a) i) | Entsprechende Stoffe dürfen auch nicht ausnahmsweise gem. Art. 5 (2) c) in Bestandteilen aktiver und intelligenter Materialien und Gegenstände verwendet werden. |

e. (EG) Nr. 1223/2009 – Kosmetikverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 13 (1) g) | Im Rahmen der Notifizierung von kosmetischen Mitteln sind der Name und die „Chemicals Abstracts Service“ (CAS) - oder EG-Nummer der entsprechenden Stoffe anzugeben. |
| Art. 15 (2) Satz 1 | Die Verwendung entsprechender Stoffe in kosmetischen Mitteln ist verboten. |
| Art. 21 | Die verantwortlichen Personen müssen quantitative Angaben zu den entsprechenden Stoffen in kosmetischen Mitteln der Öffentlichkeit zugänglich machen. |

f. (EU) Nr. 528/2012 – Biozidverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 3 (1) f) | Entsprechende Stoffe, die in dem Biozidprodukt in einer Konzentration vorhanden sind, die dazu führt, dass das Produkt als gefährlich im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 anzusehen ist, werden als "bedenklicher Stoff" eingestuft. |
| Art. 5 (1) c) | Entsprechende Wirkstoffe werden nicht für die Zwecke der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 genehmigt. |
| Art. 10 (1) a) | Entsprechende Wirkstoffe werden als zu ersetzender Stoff eingestuft, wenn sie nach Artikel 5 Absatz 2 genehmigungsfähig sind. |
| 19 (4) b) | Entsprechende Biozidprodukte werden nicht zur Bereitstellung auf dem Markt zwecks Verwendung durch die breite Öffentlichkeit zugelassen. |
| Art. 28 (2) a) | Entsprechende Stoffe werden als Besorgniserregend i.S.d. Art. 28 (1) betrachtet. |
| Art. 28 (2) b) | Entsprechende Stoffe werden als Besorgniserregend i.S.d. Art. 28 (1) betrachtet. |
| Art. 28 (1) | Entsprechende Stoffe können nicht in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 aufgenommen werden und somit nicht Wirkstoffe im vereinfachten Zulassungsverfahren nach Art. 26 der Verordnung verwendet werden, da sie gem. Art. 28 (2) als besorgniserregend betrachtet werden. |
| Art. 28 (1) | Entsprechende Stoffe können nicht in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 aufgenommen werden und somit nicht Wirkstoffe im vereinfachten Zulassungsverfahren nach Art. 26 der Verordnung verwendet werden, da sie gem. Art. 28 (2) als besorgniserregend betrachtet werden. |
| Art. 42 (1) | Für Biozidprodukte, welche entsprechende Wirkstoffe enthalten können keine Unionszulassungen beantragt werden. |
| Art. 67 (1) c) | Wird ein entsprechender Wirkstoff als Biozidwirkstoff genehmigt, so ist im Rahmen der Veröffentlichung der Wirkstoffspezifischen Informationen auch die Erfüllung der Kriterien des Artikels 5 (1) der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 öffentlich bekannt zu machen. |
| Art. 4 (1) Satz 2 | Ein entsprechender Wirkstoff kann nur für einen Anfangszeitraum von höchstens 5 Jahren genehmigt werden. |

g. (EG) Nr. 1005/2009 – Ozonverordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------------|---|
| Art. 7 (2) Satz 3 | Bei als Ausgangsstoffen hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur als Ausgangsstoff verwendet werden darf. |
| Art. 8 (3) Satz 2 | Bei als Verarbeitungshilfsstoffen hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur als Verarbeitungshilfsstoff verwendet werden darf. |
| Art. 10 (3) Satz 2 | Bei für wesentliche Labor- und Analysezwecke hergestellten und in Verkehr gebrachten geregelten Stoffen, welche in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 enthalten sind und die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 gekennzeichnet werden müssen, ist in diese Kennzeichnung oder in den Abschnitt für ergänzende Informationen i.S.d. Artikels 25 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, der Hinweis aufzunehmen, dass der betreffende Stoff nur für wesentliche Labor- und Analysezwecke verwendet werden darf. |

h. (EU) Nr. 649/2012 - PIC-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Art. 10 (1) b) | Jeder Exporteur von Gemischen, welche Stoffe die in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 gelistet sind, in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflichten der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, informiert im ersten Quartal jeden Jahres die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Exporteurs über die Menge der im Vorjahr an jede Vertragspartei bzw. jedes sonstige Land gelieferten Chemikalien, in Form der Stoffe selbst und der in Gemischen oder in Artikeln enthaltenen Chemikalien. Diese Informationen umfassen auch eine Liste mit den Namen und Anschriften sämtlicher natürlicher und juristischer Personen, die die Chemikalie in eine Vertragspartei oder in ein sonstiges Land eingeführt haben und an die während des betreffenden Zeitraums geliefert wurde. |
| Art. 10 (1) c) | Jeder Exporteur von Artikeln, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 aufgeführte Chemikalien in ihrem Ausgangszustand enthalten, oder von Gemischen, die diese Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflichten der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, informiert im ersten Quartal jeden Jahres die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Exporteurs über die Menge der im Vorjahr an jede Vertragspartei bzw. jedes sonstige Land gelieferten Chemikalien, in Form der Stoffe selbst und der in Gemischen oder in Artikeln enthaltenen Chemikalien. Diese Informationen umfassen auch eine Liste mit den Namen und Anschriften sämtlicher natürlicher und juristischer Personen, die die Chemikalie in eine Vertragspartei oder in ein sonstiges Land eingeführt haben und an die während des betreffenden Zeitraums geliefert wurde. |
| Art. 14 (6) | Gemische, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 aufgeführte Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflicht der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, dürfen unabhängig von der beabsichtigten Verwendung in der einführenden Vertragspartei oder dem einführenden sonstigen Land, nur ausgeführt werden, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist: a) der Ausführer hat durch die bezeichnete nationale Behörde des Mitgliedstaats des Ausführers in Absprache mit der Kommission, die von der Agentur unterstützt wird, und der bezeichneten nationalen Behörde der einführenden Vertragspartei oder der zuständigen Behörde eines einführenden sonstigen Landes die ausdrückliche Zustimmung zur Einfuhr beantragt und erhalten; b) bei den in Anhang I Teil 3 aufgeführten Chemikalien wird im neuesten Rundschreiben, das vom Sekretariat gemäß Absatz 1 veröffentlicht wird, mitgeteilt, dass die einführende Vertragspartei ihre Zustimmung zur Einfuhr erteilt hat. |
| Art. 14 (7) Satz 2 | In Anhang I Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 aufgeführte Chemikalien, dürfen nicht gemäß Artikel 14 (7) Satz 1 Buchstabe b) ausgeführt werden, wenn sie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 als karzinogen, Kategorie 1A oder 1B, oder mutagen, Kategorie 1A oder 1B, oder reproduktionstoxisch, Kategorie 1A oder 1B, eingestuft worden sind. |
| Art. 15 (1) b) | Artikel unterliegen dem Verfahren der Ausfuhrnotifikation im Sinne von Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012, wenn sie Gemische enthalten, die in Anhang I Teil 2 oder Teil 3 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 gelistete Stoffe in Konzentrationen enthalten, die unabhängig vom Vorhandensein anderer Stoffe unter die Kennzeichnungspflicht der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen. |

i. (EU) Nr. 10/2011 - Lebensmittelkontaktmaterialien-Verordnung

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Art. 13 (4) a) | In einem Mehrschicht-Material oder -Gegenstand aus Kunststoff, der dazu bestimmt ist, mit Lebensmitteln in Kontakt zu kommen, darf eine Kunststoffschicht, die nicht unmittelbar in Berührung mit Lebensmitteln ist und durch eine funktionelle Barriere vom Lebensmittel getrennt ist, nur dann aus Stoffen hergestellt sein, die nicht in der entsprechenden Unionsliste oder dem vorläufigen Verzeichnis aufgeführt sind, wenn diese nicht als „mutagen“, „karzinogen“ oder „reproduktionstoxisch“ eingestuft sind. |
| Art. 14 (3) a) | In einem Mehrschicht-Material oder -Gegenstand aus Kunststoff, der dazu bestimmt ist, mit Lebensmitteln in Kontakt zu kommen, darf eine Kunststoffschicht, die nicht unmittelbar in Berührung mit Lebensmitteln ist und durch eine funktionelle Barriere vom Lebensmittel getrennt ist, nur dann aus Stoffen hergestellt sein, die nicht in der entsprechenden Unionsliste oder dem vorläufigen Verzeichnis aufgeführt sind, wenn diese nicht als „mutagen“, „karzinogen“ oder „reproduktionstoxisch“ eingestuft sind. |

j. Chemikaliengesetz (ChemG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 3a Absatz 3 | Entsprechende Stoffe und Gemische gelten als gefährlich i.S.d. Chemikaliengesetzes |
| § 16e Absatz 1 | Wer ein gefährliches Gemisch in den Verkehr bringt, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung in § 16e (1) näher bestimmte Informationen mitzuteilen. |
| § 16e Absatz 2 | Wer als Arzt zur Behandlung oder zur Beurteilung der Folgen einer Erkrankung hinzugezogen wird, bei der zumindest der Verdacht besteht, dass sie auf Einwirkungen gefährlicher Stoffe, gefährlicher Gemische, von Erzeugnissen, die gefährliche Stoffe oder Gemische freisetzen oder enthalten zurückgeht, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Stoff oder das Gemisch, Alter und Geschlecht des Patienten, den Expositionsweg, die aufgenommene Menge und die festgestellten Symptome mitzuteilen. |

k. Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------|---|
| § 3 Absatz 13 Nr. 1 b) | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne des Gesetzes. |
| § 13 Absatz 6 | Jeder Hersteller hat den Wiederverwendungseinrichtungen, Behandlungsanlagen und Anlagen zur stofflichen Verwertung Informationen über die Wiederverwendung und Behandlung für jeden in Verkehr gebrachten Typ neuer Elektro- und Elektronikgeräte innerhalb eines Jahres nach dem Inverkehrbringen des jeweiligen Gerätes in Form von Handbüchern oder in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Aus diesen Informationen muss sich ergeben, welche verschiedenen Bauteile und Werkstoffe die Elektro- und Elektronikgeräte enthalten und an welcher Stelle sich in den Elektro- und Elektronikgeräten gefährliche Stoffe und Gemische befinden. |

l. Strafgesetzbuch (StGB)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 328 Absatz 3 Nr. 1 | Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unter Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten beim Betrieb einer Anlage, insbesondere einer Betriebsstätte oder technischen Einrichtung, gefährliche Stoffe und Gemische lagert, bearbeitet, verarbeitet oder sonst verwendet und dadurch die Gesundheit eines anderen, Tiere oder Pflanzen, Gewässer, die Luft oder den Boden oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet. |

m. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 3 Absatz 9 | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne des BImSchG |
| § 3 Absatz 10 | Entsprechende Stoffe, die in erheblichem Umfang in einer Anlage i.S.d. BImSchG verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden und die ihrer Art nach eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück verursachen können gelten als relevante gefährliche Stoffe im Sinne des BImSchG |
| § 10 Absatz 1a Satz 1 | Wer beabsichtigt, eine Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie zu betreiben, in der entsprechende Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden, hat einen Bericht über den Ausgangszustand vorzulegen, wenn und soweit eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück durch diese Stoffe möglich ist. |
| § 5 Absatz 4 Satz 1 | Wurden nach dem 7. Januar 2013 auf Grund des Betriebs einer Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie erhebliche Bodenverschmutzungen oder erhebliche Grundwasserverschmutzungen durch entsprechende Stoffe im Vergleich zu dem im Bericht über den Ausgangszustand angegebenen Zustand verursacht, so ist der Betreiber nach Einstellung des Betriebs der Anlage verpflichtet, soweit dies verhältnismäßig ist, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Verschmutzung zu ergreifen, um das Anlagengrundstück in jenen Ausgangszustand zurückzuführen |

n. Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 22 Absatz 1 Nr. 6 | Jugendliche dürfen nicht mit Arbeiten, bei denen sie schädlichen Einwirkungen von Gefahrstoffen im Sinne des Chemikaliengesetzes ausgesetzt sind, beschäftigt werden. |

o. Altfahrzeug-Verordnung (AltfahrzeugV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|------------------------|--|
| § 2 Absatz 1 Nr. 13 b) | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der Altfahrzeug Verordnung |
| § 8 Absatz 1 Nr. 1 | Die Verwendung entsprechender Stoffe in Fahrzeugen ist zu begrenzen und bereits ab der Konzeptentwicklung von Fahrzeugen so weit wie möglich zu reduzieren. |
| § 9 Absatz 2 | Die Hersteller von Fahrzeugen sind verpflichtet, für jeden in Verkehr gebrachten neuen Fahrzeugtyp binnen sechs Monaten nach Inverkehrbringen den anerkannten Demontagebetrieben Demontageinformationen bereitzustellen. In diesen Informationen sind die einzelnen Fahrzeugbauteile und -werkstoffe sowie die Stellen aufzuführen, an denen sich gefährliche Stoffe im Fahrzeug befinden, soweit dies für die Demontagebetriebe zur Einhaltung der Anforderungen nach dieser Verordnung erforderlich ist. |

p. Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|---|
| § 2 Absatz 1 Nr. 1 b) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 der 2. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |

q. Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 3 Absatz 2 Nr. 1 b) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 der 31. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |

2. Rechtsfolgen gem. Tabelle 2 aufgrund der Einstufung als Reproduktionstoxisch der Kategorie 1A:

Gemäß der Entsprechungstabelle der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) entspricht die Einstufung als reproduktionstoxisch der Kategorie 1A nach der CLP-Verordnung der Vergabe der R-Sätze R 60 - *Kann die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen*, R 61 - *Kann das Kind im Mutterleib schädigen* und R 60-61 *Kann die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen. Kann das Kind im Mutterleib schädigen* nach der Richtlinie 67/548/EWG.

a. Strafgesetzbuch (StGB)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 326 Absatz 1 Nr. 2 | Wer unbefugt entsprechende Abfälle außerhalb einer dafür zugelassenen Anlage oder unter wesentlicher Abweichung von einem vorgeschriebenen oder zugelassenen Verfahren sammelt, befördert, behandelt, verwertet, lagert, ablagert, ablässt, beseitigt, handelt, makelt oder sonst bewirtschaftet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. |

b. Chemikaliengesetz (ChemG)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|---|
| § 3a Absatz 1 Nr. 13 | Entsprechend eingestufte Stoffe und Gemische sind Gefährliche Stoffe oder gefährliche Gemische im Sinne des Chemikaliengesetzes. |
| § 16e Absatz 1 | Wer als Hersteller oder Einführer oder unter Verwendung eines eigenen Handelsnamens ein gefährliches Gemisch oder ein Biozid-Produkt in den Verkehr bringt, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Handelsnamen, Angaben über die Zusammensetzung, die Kennzeichnung, Hinweise zur Verwendung, Empfehlungen über Vorsichtsmaßnahmen beim Verwenden und Sofortmaßnahmen bei Unfällen sowie jede spätere Veränderung zu diesen Angaben mitzuteilen, die für die Behandlung von Erkrankungen, die auf Einwirkungen seines Gemisches oder seines Biozid-Produkts zurückgehen können, von Bedeutung sein kann. |
| § 16e Absatz 2 | Wer als Arzt zur Behandlung oder zur Beurteilung der Folgen einer Erkrankung hinzugezogen wird, bei der zumindest der Verdacht besteht, dass sie auf Einwirkungen gefährlicher Stoffe, gefährlicher Gemische, von Erzeugnissen, die gefährliche Stoffe oder Gemische freisetzen oder enthalten zurückgeht, hat dem Bundesinstitut für Risikobewertung den Stoff oder das Gemisch, Alter und Geschlecht des Patienten, den Expositionsweg, die aufgenommene Menge und die festgestellten Symptome mitzuteilen. |
| § 19 Absatz 2 Nr. 1 | Entsprechende Stoffe und Gemische gelten als Gefahrstoffe im Sinne der Gefahrstoffverordnung. |

c. Gesundheitsschutz-Bergverordnung (GesBergV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 4 Absatz 1 Nr. 1 | Der Unternehmer darf Personen im Anwendungsbereich der Verordnung nur so beschäftigen, dass sie mit nach der Gefahrstoffverordnung kennzeichnungspflichtigen krebserzeugenden, erbgutverändernden, fruchtbarkeitsgefährdenden, sehr giftigen und giftigen Gefahrstoffen nicht umgehen. |
| § 17 Absatz 1 Nr. 2 | Wer Personen im Anwendungsbereich der Verordnung so beschäftigt, dass sie mit nach der Gefahrstoffverordnung kennzeichnungspflichtigen krebserzeugenden, erbgutverändernden, fruchtbarkeitsgefährdenden, sehr giftigen und giftigen Gefahrstoffen - ausgenommen Schädlingsbekämpfungsmittel - umgehen, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 145 Abs. 3 Nr. 2 des Bundesberggesetzes. |

d. Mutter-Arbeitsschutzverordnung (MuSchArbV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| § 5 Absatz 1 Nr. 3 | Werdende Mütter dürfen mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen nicht beschäftigt werden. |
| § 5 Absatz 1 Nr. 4 | Stillende Mütter dürfen mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen nicht beschäftigt werden, wenn der Grenzwert überschritten wird. |
| § 6 Absatz 2 | Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 eine werdende oder stillende Mutter mit entsprechenden Stoffen oder Zubereitungen beschäftigt handelt ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Nr. 4 des Mutterschutzgesetzes. |
| § 6 Absatz 4 | Wer vorsätzlich oder fahrlässig durch eine § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 verletzende Beschäftigung einer werdenden oder stillenden Mutter mit entsprechenden Stoffen oder Zubereitungen, eine Frau in ihrer Arbeitskraft oder Gesundheit gefährdet, ist nach § 21 Abs. 3, 4 des Mutterschutzgesetzes strafbar. |
| Anlage 1 - A.1.a. | Entsprechende Stoffe und Zubereitungen gelten als Chemische Gefahrstoffe im Sinne der MuSchArbV soweit bekannt ist, dass sie die Gesundheit der schwangeren Arbeitnehmerin und des ungeborenen Kindes gefährden und sofern sie noch nicht in Anlage 2 MuSchArbV aufgenommen sind. |
| § 1 Absatz 1 Satz 1 | Der Arbeitgeber muss rechtzeitig für jede Tätigkeit, bei der werdende oder stillende Mütter durch entsprechende Stoffe und Zubereitungen gefährdet werden können, Art, Ausmaß und Dauer der Gefährdung beurteilen. |

e. Festlandsockel-Bergverordnung (FlsBergV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------------|---|
| § 8 Absatz 1 Satz 1 | Der Unternehmer hat Arbeitsplätze und Arbeitsräume so einzurichten, auszustatten und zu unterhalten, dass von ihnen keine gefährdenden Einwirkungen durch entsprechende Stoffe oder Zubereitungen ausgehen. |
| § 17 Absatz 1 Satz 1 | Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass Behältnisse oder Verpackungen von entsprechenden Stoffen und Zubereitungen bei der Lagerung und Verwendung im Betrieb entsprechend ihrem Gefahrengrad mit den hierfür nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter geltenden Gefahrensymbolen und Gefahrenbezeichnungen gekennzeichnet sind. |
| § 17 Absatz 1 Satz 2 | Ein Umfüllen von Gefahrstoffen in andere als die vom Hersteller gelieferten und gekennzeichneten Behältnisse oder Verpackungen ist nur zulässig, wenn diese der Ursprungsverpackung mindestens gleichwertig und entsprechend gekennzeichnet sind. |
| § 17 Absatz 1 Satz 3 | Beim Umgang mit den Gefahrstoffen haben die Beschäftigten die vom Hersteller gegebenen Gefahrenhinweise und Sicherheitsratschläge zu befolgen. |
| § 41 Absatz 1 Satz 2 Nr. 8 | Der Unternehmer hat für den Umgang mit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen, zur Regelung wiederkehrender und sicherheitlich bedeutsamer Betriebs- und Arbeitsvorgänge die für ihren sicheren und ordnungsgemäßen Ablauf erforderlichen Bedienungsanleitungen, Verhaltensregeln und Sicherheitsvorkehrungen durch innerbetriebliche Anordnung in Betriebsanweisungen schriftlich festzulegen. |

f. Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------------|---|
| § 2 Absatz 1 Nr. 1 | Entsprechende Stoffe und Zubereitungen gelten als Gefahrstoffe im Sinne der GefStoffV. |
| § 3 Satz 2 Nr. 13 | Entsprechende Stoffe und Zubereitungen sind gefährlich im Sinne der GefStoffV. |
| § 4 Absatz 5 | Werden entsprechende Stoffe oder Zubereitungen unverpackt in Verkehr gebracht, sind jeder Liefereinheit geeignete Sicherheitsinformationen oder ein Sicherheitsdatenblatt in deutscher Sprache beizufügen. |
| § 6 Absatz 12 Satz 1 | Der Arbeitgeber hat ein Verzeichnis der im Betrieb verwendeten Gefahrstoffe zu führen, in dem auf die entsprechenden Sicherheitsdatenblätter verwiesen wird. |
| § 6 Absatz 1 | Im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung als Bestandteil der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes hat der Arbeitgeber festzustellen, ob die Beschäftigten Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausüben oder ob bei Tätigkeiten Gefahrstoffe entstehen oder freigesetzt werden können. Ist dies der Fall, so hat er alle hiervon ausgehenden Gefährdungen der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten zu beurteilen. |
| § 7 Absatz 1 | Der Arbeitgeber darf eine Tätigkeit mit Gefahrstoffen erst aufnehmen lassen, nachdem eine Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV durchgeführt und die erforderlichen Schutzmaßnahmen nach Abschnitt 4 GefStoffV ergriffen worden sind. |
| § 7 Absatz 3 Satz 2 | Der Arbeitgeber hat Gefahrstoffe oder Verfahren durch Stoffe, Zubereitungen oder Erzeugnisse oder Verfahren zu ersetzen, die unter den jeweiligen Verwendungsbedingungen für die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten nicht oder weniger gefährlich sind. |
| § 7 Absatz 4 | Der Arbeitgeber hat Gefährdungen der Gesundheit und der Sicherheit der Beschäftigten bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen auszuschließen. Ist dies nicht möglich, hat er sie auf ein Minimum zu reduzieren. Diesen Geboten hat der Arbeitgeber durch die Festlegung und Anwendung geeigneter Schutzmaßnahmen Rechnung zu tragen. |
| § 7 Absatz 9 | Sofern Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausgeübt werden, für die kein Arbeitsplatzgrenzwert vorliegt, hat der Arbeitgeber regelmäßig die Wirksamkeit der ergriffenen technischen Schutzmaßnahmen durch geeignete Ermittlungsmethoden zu überprüfen, zu denen auch Arbeitsplatzmessungen gehören können. |
| § 8 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen die in § 8 Absatz 1 GefStoffV genannten Schutzmaßnahmen zu ergreifen |
| § 8 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass gefährliche Stoffe und Zubereitungen innerbetrieblich mit einer Kennzeichnung versehen sind, die ausreichende Informationen über die Einstufung, über die Gefahren bei der Handhabung und über die zu beachtenden Sicherheitsmaßnahmen enthält; vorzugsweise ist eine Kennzeichnung zu wählen, die der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 oder nach den Übergangsvorschriften dieser Verordnung der Richtlinie 67/548/EWG oder der Richtlinie 1999/45/EG entspricht. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|--|
| § 8 Absatz 3 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass die Beschäftigten in Arbeitsbereichen, in denen sie Gefahrstoffen ausgesetzt sein können, keine Nahrungs- oder Genussmittel zu sich nehmen. |
| § 8 Absatz 4 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass durch Verwendung verschließbarer Behälter eine sichere Lagerung, Handhabung und Beförderung von Gefahrstoffen auch bei der Abfallentsorgung gewährleistet ist. |
| § 8 Absatz 5 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe so aufbewahrt oder gelagert werden, dass sie weder die menschliche Gesundheit noch die Umwelt gefährden. Er hat dabei wirksame Vorkehrungen zu treffen, um Missbrauch oder Fehlgebrauch zu verhindern. Insbesondere dürfen Gefahrstoffe nicht in solchen Behältern aufbewahrt oder gelagert werden, durch deren Form oder Bezeichnung der Inhalt mit Lebensmitteln verwechselt werden kann. Sie dürfen nur übersichtlich geordnet und nicht in unmittelbarer Nähe von Arznei-, Lebens- oder Futtermitteln, einschließlich deren Zusatzstoffe, aufbewahrt oder gelagert werden. Bei der Aufbewahrung zur Abgabe oder zur sofortigen Verwendung muss eine Kennzeichnung nach § 8 Absatz 2 GefStoffV deutlich sichtbar und lesbar angebracht sein. |
| § 8 Absatz 6 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe, die nicht mehr benötigt werden, und entleerte Behälter, die noch Reste von Gefahrstoffen enthalten können, sicher gehandhabt, vom Arbeitsplatz entfernt und sachgerecht gelagert oder entsorgt werden. |
| § 8 Absatz 7 Satz 1 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass entsprechende Stoffe und Zubereitungen unter Verschluss oder so aufbewahrt oder gelagert werden, dass nur fachkundige und zuverlässige Personen Zugang haben. |
| § 8 Absatz 7 Satz 2 | Tätigkeiten mit diesen Stoffen und Zubereitungen dürfen nur von fachkundigen oder besonders unterwiesenen Personen ausgeführt werden. |
| § 9 Absatz 2 | Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe in einem geschlossenen System hergestellt und verwendet werden, wenn die Substitution der Gefahrstoffe nach § 7 Absatz 3 GefStoffV durch solche Stoffe, Zubereitungen, Erzeugnisse oder Verfahren, die bei ihrer Verwendung nicht oder weniger gefährlich für die Gesundheit und Sicherheit sind, technisch nicht möglich ist und eine erhöhte Gefährdung der Beschäftigten durch inhalative Exposition gegenüber diesen Gefahrstoffen besteht. Ist die Anwendung eines geschlossenen Systems technisch nicht möglich, so hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, dass die Exposition der Beschäftigten nach dem Stand der Technik und unter Beachtung von § 7 Absatz 4 GefStoffV so weit wie möglich verringert wird. |
| § 9 Absatz 5 Satz 2 | Der Arbeitgeber hat die durch Gefahrstoffe verunreinigte Arbeitskleidung zu reinigen. |
| § 9 Absatz 7 | Wenn Tätigkeiten mit Gefahrstoffen von einer oder einem Beschäftigten allein ausgeübt werden, hat der Arbeitgeber zusätzliche Schutzmaßnahmen zu ergreifen oder eine angemessene Aufsicht zu gewährleisten. |
| § 10 Absatz 1 Satz 2 | Bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, erbgutverändernden und fruchtbarkeitsgefährdenden Gefahrstoffen der Kategorie 1 oder 2 hat der Arbeitgeber die Bestimmungen nach den Absätzen 3 bis 5 zu des § 10 GefStoffV erfüllen. Die besonderen Bestimmungen des Anhangs II Nummer 6 sind zu beachten. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| § 10 Absatz 3 | Wenn Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen ausgeübt werden, hat der Arbeitgeber die Exposition der Beschäftigten durch Arbeitsplatzmessungen oder durch andere geeignete Ermittlungsmethoden zu bestimmen, auch um erhöhte Expositionen infolge eines unvorhersehbaren Ereignisses oder eines Unfalls schnell erkennen zu können, Gefahrenbereiche abzugrenzen, in denen Beschäftigte diesen Gefahrstoffen ausgesetzt sind oder ausgesetzt sein können, und Warn- und Sicherheitszeichen anzubringen. |
| § 10 Absatz 4 | Bei Tätigkeiten, bei denen eine beträchtliche Erhöhung der Exposition der Beschäftigten durch krebserzeugende, erbgutverändernde oder fruchtbarkeitsgefährdende Gefahrstoffe der Kategorie 1 oder 2 zu erwarten ist und bei denen jede Möglichkeit weiterer technischer Schutzmaßnahmen zur Begrenzung dieser Exposition bereits ausgeschöpft wurde, hat der Arbeitgeber nach Beratung mit den Beschäftigten oder mit ihrer Vertretung Maßnahmen zu ergreifen, um die Dauer der Exposition der Beschäftigten so weit wie möglich zu verkürzen und den Schutz der Beschäftigten während dieser Tätigkeiten zu gewährleisten. Er hat den betreffenden Beschäftigten persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen, die sie während der gesamten Dauer der erhöhten Exposition tragen müssen. |
| § 10 Absatz 5 | Werden in einem Arbeitsbereich Tätigkeiten mit krebserzeugenden, erbgutverändernden oder fruchtbarkeitsgefährdenden Gefahrstoffen der Kategorie 1 oder 2 ausgeübt, darf die dort abgesaugte Luft nicht in den Arbeitsbereich zurückgeführt werden. |
| § 11 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilung Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und anderer Personen vor physikalisch-chemischen Einwirkungen bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen zu ergreifen, um Gefährdungen zu vermeiden oder diese so weit wie möglich zu verringern. Dies gilt insbesondere bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, die zu Brand- und Explosionsgefährdungen führen können, mit explosionsgefährlichen, brandfördernden, hochentzündlichen, leichtentzündlichen und entzündlichen Stoffen und Zubereitungen, einschließlich ihrer Lagerung, sowie mit Stoffen, die in gefährlicher Weise chemisch miteinander reagieren können. Dabei hat der Arbeitgeber Anhang I Nummer 1 und 5 zu beachten. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 1 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Beschäftigten und ihre Vertretung nachprüfen können, ob die Bestimmungen Der GefStoffV eingehalten werden. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Beschäftigten und ihre Vertretung bei einer erhöhten Exposition, einschließlich der in § 10 Absatz 4 Satz 1 GefStoffV genannten Fälle, unverzüglich unterrichtet und über die Ursachen sowie über die bereits ergriffenen oder noch zu ergreifenden Gegenmaßnahmen informiert werden. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 3 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass ein aktualisiertes Verzeichnis über die Beschäftigten geführt wird, die Tätigkeiten ausüben, bei denen die Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV eine Gefährdung der Gesundheit oder der Sicherheit der Beschäftigten ergibt; in dem Verzeichnis ist auch die Höhe und die Dauer der Exposition anzugeben, der die Beschäftigten ausgesetzt waren. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|----------------------|--|
| § 14 Absatz 3 Nr. 4 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass das Verzeichnis nach § 14 Absatz 3 Nummer 3 GefStoffV mit allen Aktualisierungen 40 Jahre nach Ende der Exposition aufbewahrt wird; bei Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen hat der Arbeitgeber den Beschäftigten einen Auszug über die sie betreffenden Angaben des Verzeichnisses auszuhändigen und einen Nachweis hierüber wie Personalunterlagen aufzubewahren. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 5 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Ärztin oder der Arzt nach § 7 Absatz 1 GefStoffV zur arbeitsmedizinischen Vorsorge, die zuständige Behörde sowie jede für die Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz verantwortliche Person Zugang zu dem Verzeichnis nach § 14 Absatz 3 Nummer 3 GefStoffV haben. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 6 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Beschäftigten Zugang zu den sie persönlich betreffenden Angaben in dem Verzeichnis nach § 14 Absatz 3 Nummer 3 GefStoffV haben. |
| § 14 Absatz 3 Nr. 7 | Der Arbeitgeber hat bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen sicherzustellen, dass die Beschäftigten und ihre Vertretung Zugang zu den nicht personenbezogenen Informationen allgemeiner Art in dem Verzeichnis nach § 14 Absatz 3 Nummer 3 GefStoffV haben. |
| § 15 Absatz 1 Satz 1 | Sollen in einem Betrieb Fremdfirmen Tätigkeiten mit Gefahrstoffen ausüben, hat der Arbeitgeber als Auftraggeber sicherzustellen, dass nur solche Fremdfirmen herangezogen werden, die über die Fachkenntnisse und Erfahrungen verfügen, die für diese Tätigkeiten erforderlich sind. |
| § 15 Absatz 2 | Kann bei Tätigkeiten von Beschäftigten eines Arbeitgebers eine Gefährdung von Beschäftigten anderer Arbeitgeber durch entsprechende Gefahrstoffe nicht ausgeschlossen werden, so haben alle betroffenen Arbeitgeber bei der Durchführung ihrer Gefährdungsbeurteilungen nach § 6 GefStoffV zusammenzuwirken und die Schutzmaßnahmen abzustimmen. Dies ist zu dokumentieren. Die Arbeitgeber haben dabei sicherzustellen, dass Gefährdungen der Beschäftigten aller beteiligten Unternehmen durch Gefahrstoffe wirksam begegnet wird. |
| § 15 Absatz 4 | Besteht bei Tätigkeiten von Beschäftigten eines Arbeitgebers eine erhöhte Gefährdung von Beschäftigten anderer Arbeitgeber durch Gefahrstoffe, ist durch die beteiligten Arbeitgeber ein Koordinator zu bestellen. |
| § 15 Absatz 5 | Vor dem Beginn von Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten oder Bauarbeiten muss der Arbeitgeber für die Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV Informationen, insbesondere vom Auftraggeber oder Bauherrn, darüber einholen, ob entsprechend der Nutzungs- oder Baugeschichte des Objekts Gefahrstoffe, insbesondere Asbest, vorhanden oder zu erwarten sind. Weiter reichende Informations-, Schutz- und Überwachungspflichten, die sich für den Auftraggeber oder Bauherrn nach anderen Rechtsvorschriften ergeben, bleiben unberührt. |

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 18 Absatz 1 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen: 1. jeden Unfall und jede Betriebsstörung, die bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen zu einer ernsten Gesundheitsschädigung von Beschäftigten geführt haben, und 2. Krankheits- und Todesfälle, bei denen konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie durch die Tätigkeit mit Gefahrstoffen verursacht worden sind, mit der genauen Angabe der Tätigkeit und der Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV. |
| § 18 Absatz 2 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde auf Verlangen die Tätigkeiten, bei denen Beschäftigte tatsächlich oder möglicherweise gegenüber Gefahrstoffen exponiert worden sind, und die Anzahl dieser Beschäftigten mitzuteilen. |
| § 18 Absatz 3 Nr. 1 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen auf Verlangen das Ergebnis der Substitutionsprüfung mitzuteilen. |
| § 18 Absatz 3 Nr. 2 | Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde bei Tätigkeiten mit entsprechenden Gefahrstoffen auf Verlangen Informationen über die ausgeübten Tätigkeiten und angewandten industriellen Verfahren und die Gründe für die Verwendung dieser Gefahrstoffe, die Menge der hergestellten oder verwendeten Gefahrstoffe, die Art der zu verwendenden Schutzausrüstung, Art und Ausmaß der Exposition, durchgeführte Substitutionen mitzuteilen. |
| § 8 Absatz 2 Satz 3 | Sind entsprechende Stoffe und Zubereitungen nicht gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 GefStoffV gekennzeichnet, darf der Arbeitgeber Tätigkeiten mit diesen Stoffen und Zubereitungen nicht ausüben lassen. |

g. Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (AVV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 3 Absatz 2 Nr. 11 | Von als gefährlich eingestuften Abfällen wird angenommen, dass sie eines oder mehrere der folgenden Merkmale aufweisen: 11. Konzentration von $\geq 0,5\%$ an einem nach R60 oder R61 als fortpflanzungsgefährdend eingestuften Stoff der Kategorie 1 oder 2. |

h. Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 3 Absatz 2 Nr. 1 a) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 der 31. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |

i. Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 2 Absatz 1 Nr. 1 a) | Der Betreiber einer Anlage i.S.d. § 1 Absatz 1 der 2. BImSchV hat entsprechende Stoffe oder Gemische durch weniger schädliche zu ersetzen. |

j. Störfall-Verordnung (12. BImSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------------------|--|
| § 2 Nr. 1 i.V.m. Anhang I Nr. 10a | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der 12. BImSchV. |
| § 2 Nr. 1 i.V.m. Anhang I Nr. 10b | Entsprechende Stoffe gelten als gefährliche Stoffe im Sinne der 12. BImSchV. |

k. Baustellenverordnung (BaustellV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Anhang II Nr.2 | Arbeiten, bei denen die Beschäftigten entsprechenden Stoffen oder Zubereitungen ausgesetzt sind, gelten als besonders gefährliche Arbeiten im Sinne des § 2 Absatz 3 BaustellV. |
| § 2 Absatz 3 | Sind die Beschäftigten auf einer Baustelle bei der Arbeit entsprechenden Stoffen und Zubereitungen ausgesetzt, so ist dafür zu sorgen, dass vor Einrichtung der Baustelle ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellt wird. Der Plan muss die für die betreffende Baustelle anzuwendenden Arbeitsschutzbestimmungen erkennen lassen und besondere Maßnahmen für diese Arbeiten nach enthalten. Erforderlichenfalls sind bei Erstellung des Planes betriebliche Tätigkeiten auf dem Gelände zu berücksichtigen. |

l. Bedarfsgegenständeverordnung (BedGegstV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|--------------------------------|--|
| § 3 i.V.m. Anhang I Lfd. Nr. 5 | Entsprechende flüssige Stoffe und Zubereitungen dürfen nicht für die Herstellung oder Behandlung von Scherzspielen verwendet werden. |

m. Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| § 10 Absatz 2 | Einträge von entsprechenden Schadstoffen in den Boden sind, soweit technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar, zu begrenzen. |

n. Chemikalien-Verbotsverordnung (ChemVerbotsV)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---|---|
| § 1 Absatz 1 i.V.m. Anhang I Abschnitt 5 Spalte 2 Nr. 1 | Das Inverkehrbringen von entsprechenden Stoffen und Zubereitungen in Dekorationsgegenständen und Spielen, sowie von Dekorationsgegenständen und Spielen, die diese freisetzen können oder enthalten, ist verboten. |
| § 1 Absatz 1 i.V.m. Anhang I Abschnitt 5 Spalte 2 Nr. 2 | Das Inverkehrbringen von entsprechenden flüssigen Stoffen und Zubereitungen die mit dem R-Satz R 65 zu kennzeichnen sind, als Brennstoff in Zierlampen verwendet werden können und Farbstoffe (außer aus steuerlichen Gründen) oder Duftstoffe enthalten, ist verboten. Dies gilt entsprechend für das Inverkehrbringen von Farb- und Duftstoffen, die zur Verwendung in den dort unter Buchstabe a und b genannten Stoffen oder Zubereitungen bestimmt sind. |

o. Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|---|
| Nr. 5.2.7 | Die im Abgas enthaltenen Emissionen krebserzeugender, erbgutverändernder oder reproduktionstoxischer Stoffe oder Emissionen schwer abbaubarer, leicht anreicherbarer und hochtoxischer organischer Stoffe sind unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit so weit wie möglich zu begrenzen (Emissionsminimierungsgebot). |
| 5.2.7.1.3 | Soweit reproduktionstoxische Stoffe oder Zubereitungen nicht von den Anforderungen für krebserzeugende oder erbgutverändernde Stoffe erfasst sind, sind die Emissionen reproduktionstoxischer Stoffe im Abgas unter Beachtung des Emissionsminimierungsgebotes unter Berücksichtigung der Wirkungsstärke der Stoffe zu begrenzen. |
| 5.4.21.10.1 | Die Emissionen an entsprechenden Stoffen von Anlagen zur Innenreinigung von Eisenbahnkesselwagen, Straßentankfahrzeugen, Tankschiffen oder Tankcontainern dürfen als Mindestanforderung insgesamt den Massenstrom 2,5 g/h oder die Massenkonzentration 5 mg/m ³ nicht überschreiten. |
| 5.4.10.21.2 | Bei Anlagen zur automatischen Reinigung von Fässern oder vergleichbaren Behältern (z.B. Tankpaletten) einschließlich zugehöriger Aufarbeitungsanlagen, in denen schwerpunktmäßig Fässer oder Behälter gereinigt werden, die mit entsprechenden organischen Stoffen verunreinigt sind, sind im Einzelfall weitergehende Anforderungen festzulegen. |

p. Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe (VwVwS)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|---------------------|--|
| Anhang 3 Nr. 1 | Entsprechend eingestuften Stoffen werden 4 Bewertungspunkte zugeordnet. Dies gilt nicht additiv zu R 60. |

q. Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Durchführung des Schnellwarnsystems für Lebensmittel, Lebensmittelbedarfsgegenstände und Futtermittel (AVV SWS)

| Artikel / Paragraph | konkrete Rechtsfolge (Erläuterungen) |
|-----------------------|--|
| § 7 Absatz 2 Nr. 1 d) | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit i.S.d. § 7 Absatz 1 AVV SWS liegt insbesondere bei Lebensmitteln vor, die Stoffe enthalten, die krebserzeugend, erbgutschädigend oder fortpflanzungsgefährdend sind und eine gemeinschaftsrechtlich geregelte Höchstmenge oder, soweit nicht vorhanden, eine nationale Höchstmenge überschreiten. |
| § 7a Absatz 2 Nr. 3 | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit i.S.d. § 7a Absatz 1 AVV SWS liegt insbesondere bei Lebensmittelbedarfsgegenständen vor, die Stoffe an Lebensmittel abgeben, die krebserzeugend, erbgutschädigend oder fortpflanzungsgefährdend sind und eine gemeinschaftsrechtlich geregelte oder eine nationale Höchstmenge überschreiten. |
| § 8 Absatz 2 Nr. 1 | Ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit im Sinne des § 8 Absatz 1 AVV SWS geht von Futtermitteln aus, bei Überschreitungen der in der Anlage 5 der Futtermittelverordnung festgelegten Höchstgehalte an unerwünschten Stoffen sowie in der Anlage 5a der Futtermittelverordnung geregelten Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln, wenn diese Stoffe fruchtschädigend, erbgutschädigend oder krebsauslösend sind und nachweisbar in vom Tier stammende Lebensmittel übergehen können. |

III. Rechtsfolgen die an die theoretisch mögliche Einstufung von Ethanol knüpfen

Die theoretisch mögliche Legaleinstufung von Ethanol (CAS-Nummer: 64-17-5) nach der CLP-Verordnung lautet karzinogen Kategorie 1A und reproduktionstoxisch 1A.

Die Rechtsfolgen aufgrund der theoretisch möglichen Einstufung als karzinogen Kategorie 1A entsprechen den Rechtsfolgen der Einstufung als Karzinogen 1B und können dementsprechend aus den Einträgen zu Formaldehyd in Anhang III Ziffer I Nr. 1. und 3. entnommen werden.

Die Rechtsfolgen aufgrund der theoretisch möglichen Einstufung als reproduktionstoxisch der Kategorie 1A können aus den bestehenden Einträgen zu Blei in Anhang III Ziffer II Nr. 1. entnommen werden.



JUR§OLUTION
Rechtsanwaltskanzlei

Henning Krüger
Experte für Chemikalienrecht

Hörder Semerteichstr. 192
44263 Dortmund

Fon +49 231 532223-70

Fax +49 231 532223-72

kanzlei@jur-solution.de
www.jur-solution.de